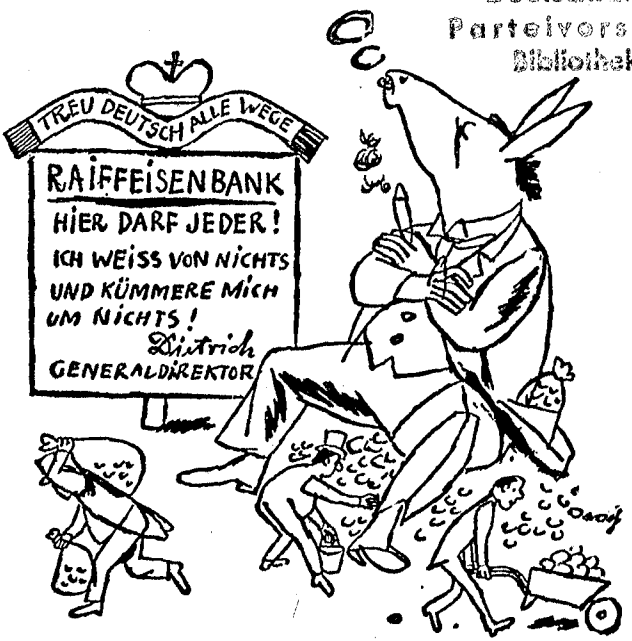
A.
58

Raiffeisen

Ein deutschnationaler Finanz- und Korruptionsskandal

Veröffentlicht auf Grund der bisher streng geheim gehaltenen Darstellung der von den Raiffeisen-Genossenschaften eingesetzten Revisionskommission

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Parteivorstand Bibliothek



Ch
IX,16

Sonderausgabe 5 der Sozialdemokratischen Partei-Korrespondenz

4512

Ein unterschlagener Bericht.

„Am 28. Juni 1926 beschäftigte sich die nach Hamburg einberufene ordentliche Generalversammlung der Deutschen Raiffeisenbank A.-G. mit den großen Verlusten, die die Bank vornehmlich durch ihr ausgedehntes Geschäft mit außerhalb des genossenschaftlichen Rahmens stehenden Privatkunden in den Jahren 1924 und 1925 erlitten hatte. Es handelt sich dabei um **Verluste, die durch ihre Höhe den ganzen Bestand der Bank ernstlich gefährdeten,** die trotz Gewöhnung der Wirtschaft an große Verlustkonten durch Barmat- und Kutisker-Skandale sowohl Genossenschaftskreise als auch Öffentlichkeit in ungewöhnlichem Maße beunruhigten, die, kurz gesagt, geeignet erschienen, **das Werk Raiffeisens überhaupt in Frage zu stellen.**"

Mit diesen Sätzen beginnt der Bericht der von den Raiffeisengenossenschaften auf der Hamburger Generalversammlung 1926 eingesetzten Untersuchungskommission, erstattet am 9. März 1927. An der Spitze dieser Untersuchungskommission stand der deutschnationale Oberverwaltungsgerichtsrat von Kameke. Auch die übrige Kommission setzte sich aus durchaus rechtsgerichteten Raiffeisendirektoren und Verbandsvorständen zusammen, so daß man ihr eine politische oder gesellschaftliche Voreingenommenheit gegen das deutschnationale Direktorium der Raiffeisenbank Dietrich-Seelmann-Schwarz wirklich nicht nachsagen kann.

Dennoch gelangt dieser Revisionsbericht zu geradezu vernichtenden Feststellungen. Erklärend darf man allerdings hinzufügen, daß er streng geheim gehalten wurde, besonders auch vor der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse, der Hauptgläubigerin der Raiffeisenbank, die ihn erst zwei Jahre nach der Abfassung zu Gesicht bekam!

Die Öffentlichkeit hat bisher überhaupt nichts von diesem Bericht erfahren,

der eine Charakteristik deutschnationaler Geschäftspraktiken gibt, welche die so geschwollene Rechtspresse zu sehr bescheidenem Stillschweigen veranlassen sollte.

Die folgende Darstellung stützt sich auf den Bericht des Herrn von Kameke, den sie, soweit es angeht, streng wörtlich zitieren wird. Eigene Sätze wird die Darstellung nur verwenden, soweit dies zur Abkürzung und notwendigen Erläuterung beiträgt.

Der böse Anfang.

Die Satzung der Raiffeisenbank ist mehrfach geändert worden. Aber jede Satzung verbot dem Direktorium Spekulations- und Risikogeschäfte. Der Bericht von Kameke sagt:

Artikel 9 der älteren Satzung verbot alle Geschäfte, die voraussichtlich mit irgendeiner Gefahr des Verlustes verbunden sein konnten . . . Durch genaue Aufzählung der Beschaffungs- und Verwendungsmöglichkeiten waren jedenfalls Geschäfte mit Privaten und reine Spekulationsgeschäfte ausgeschlossen.

Auch die neuere Satzung bestimmte in § 3:

Die geschäftliche Tätigkeit muß vorsichtig und auf möglichste Vermeidung von Risiken bedacht sein.

Beteiligungen über 100 000 Goldmark bedurften überdies der Genehmigung des Gesamtaufsichtsrates, zwischen 50 000 und 100 000 Goldmark der Genehmigung des Hauptausschusses des Aufsichtsrates. (Weder die eine noch die andere wurde

X 4512

in der weiteren Entwicklung eingeholt.) Besondere Niederschriftsbücher sollten gemäß § 22 der Satzung alle Beschlüsse protokollarisch enthalten, die von allgemeiner Bedeutung waren oder die Mitwirkung eines anderen Organs erforderlich machten. (Auch diese Bücher sind nie geführt worden.)

Wie konnten trotz dieser Satzungen die verlustreichen Spekulationsgeschäfte eingegangen werden? Der Bericht von Kameke sagt hierüber:

„Als infolge des Kriegsverlustes der Kurs der Kriegsanleihe stark zurückging und durch die Entwertung dieser Anleihe bei den Genossenschaften namhafte Verluste drohten, nahm man im Jahre 1921 die Verbindung mit industriellen Kreisen und anderen Wirtschaftsgruppen auf ...

Man durchbrach damit die bewährten und gesunden Grundsätze genossenschaftlicher Geldpolitik

und setzte sich bewußt — zu der damaligen Zeit wohl unter dem Zwang der Verhältnisse — in Widerspruch zu den klaren Bestimmungen der Artikel 1 und 9 der damals geltenden Satzung. Offenbar wurden bei der späteren Neufassung der Satzung im Jahre 1923 diese Spezialbestimmungen fallen gelassen, um formell eine größere Rückendeckung zu haben. Die Direktion der Bank betrat nunmehr ein Gebiet bankgeschäftlicher Betätigung, das ihr vollkommen fremd war und für das sie weder selbst, noch der ihr zur Verfügung stehende Beamtenstab die notwendige Erfahrung mitbrachte.

Noch viel schlimmer als das mit der Aufnahme dieser Geschäfte verbundene Risiko wuchs sich aber im Laufe der Zeit der moralische Schaden aus, den diese Umstellung nach sich zog.

Die in den Engagements der Jahre 1921 und 1922, rückschauend betrachtet, schon damals zweifellos in großem Umfang vorhandenen Risiken und drohenden Verluste beseitigte die fortschreitende Inflation ... Ohne den wahren Grund zu erkennen, glaubte die Geschäftsleitung, den scheinbaren Erfolg ihren glücklichen Maßnahmen zuschreiben zu können und wurde dadurch nur bestärkt, den einmal beschrittenen Weg weiter zu verfolgen. Man fand auch offenbar Geschmack an dieser neuen Richtung, glaubte, es mit jeder Großbank aufnehmen und am Berliner Geldmarkt eine ausschlaggebende Rolle spielen zu können. Innig verbunden mit der immer stärker hervortretenden Neigung zur Betätigung im außergenossenschaftlichen Geschäft war die daraus hauptsächlich folgende Aufblähung des Beamtenkörpers.

Da die Direktion, wie gesagt, selber über wenig Kenntnisse und Erfahrungen auf diesem Gebiet verfügte,

ging sie fehl in dem zweckmäßigsten Aus- und Aufbau der im Innenbetriebe erforderlich werdenden Abteilungen und vergriff sich, was das Schlimmste war, in der Auswahl derjenigen Persönlichkeiten, die mit der Leitung dieser Abteilung betraut waren: Mißgriffe, die sich später schwer rächen sollten."

Das war der böse Anfang, und nun zog eins das andere nach sich.

Der gestoppte Generalrevisor.

Schon im Jahre 1922 wurden durch den Bericht des Generalrevisors Dr. Hildebrand vom 29. Juli 1922 ungeheuerliche Mißstände aufgedeckt. Aber Herr Hildebrand war trotz seiner Stellung als Generalrevisor wirtschaftlich von den Leuten abhängig, die er revidieren sollte. Der Bericht von Kameke sagt darüber:

„Wenn der Generalrevisor auch nicht dem Vorstand der Bank unterstellt war, so waren die Herren Dietrich und Seelmann seine Vorgesetzten in ihren

Eigenschaften als Vorstandsmitglieder des Generalverbandes. Aus dieser Stellung des Revisors haben sich zweifellos Unzuträglichkeiten ergeben. Wenn auch nach den Äußerungen Dr. Hildebrands ein Druck hinsichtlich der Art und des Umfangs der Revision durch den Vorstand niemals ausgeübt worden ist, **so haben aber zweifellos die führenden Persönlichkeiten des Aufsichtsrats — ob mit oder ohne Einverständnis des Vorstandes, war nicht feststellbar — in entscheidenden Augenblicken eine wesentliche Einschränkung des Revisionsauftrages durchgesetzt.**"

Der Bericht des Revisors Dr. Hildebrand deckt nun schon eine Anzahl von Geschäftsverbindungen der Raiffeisenbank auf, die sich später zu den ungeheuren Verlustkonten entwickeln sollten, so ist Verbindung mit A. W. Riebe, den der Kameke-Bericht einen „Glücksritter" nennt, mit der Teichgräber A.-G., einer typischen Inflationsblüte, der Rhönbank usw. Zu dieser Prüfung sagt der Revisionsbericht:

„Die Prüfung der vorstehend behandelten Gruppe von Krediten war eine zeitraubende und unfruchtbare Arbeit, und zwar infolge des unzureichenden Aktenmaterials, dessen Übersichtslosigkeit und unzweckmäßiger Registrierung und Verwahrung."

Der Revisor Dr. Hildebrand nimmt an, daß ihm erhebliches Material vorenthalten sei und regt an, „ihm in Zukunft das ganze Material zugänglich zu machen oder ihn von dieser Seite der Revisionsarbeit zu dispensieren". (Es sei hier gleich vorweg bemerkt, daß der vom Revisor für unmöglich gehaltene Fall vorhanden war: es gab kein weiteres Material!) Nach dem ihm vorgelegten Material faßte der Revisor das Ergebnis der Revision wie folgt zusammen:

„1. Bei der Hinausgabe einer Reihe von Krediten wurde es versäumt, die Kreditfähigkeit der Schuldner in der bei Banken sonst üblichen sorgfältigen Weise zu prüfen. Vielfach sind über die Kreditfähigkeit keine Unterlagen vorhanden, in manchen Fällen nur von den Schuldnern ausgearbeitete (nicht immer von ihnen unterzeichnete) Exposés, in einigen Fällen gedruckte — und für die Kreditgewährung daher unmaßgebliche — Geschäftsberichte.

2. Sachverständige Geschäftsbücher- und Bilanzprüfungen, wie sie die Banken in solchen Fällen von ihren Treuhandgesellschaften vornehmen lassen, sind nicht bei den Akten.

3. Die eingeholten Auskünfte wurden nicht nachgeprüft, ebensowenig die Angaben der Schuldner.

4. Die Fälle Riebe, Sauermann und andere stellen sich nach den Akten so dar, daß die Schuldner Aktiengesellschaften errichteten und die Aktien als Sicherheit hereingaben. Nach dem spärlichen Aktenmaterial kann man zu dem Schluß kommen: ein Fabrikant, dessen Unternehmen 10 Millionen wert ist, und der weitere 5 Millionen zu benötigen vorgibt, errichtet eine Aktiengesellschaft mit 15 Millionen Kapital, **leiht bei der Raiffeisenbank dieses Kapital gegen kaufmännischen Verpflichtungsschein, verpfändet die Aktien unter Verkaufssperre und läßt außerdem die Aktiengesellschaft für die Schuld die Bürgschaft übernehmen. Es fehlen in diesen Fällen die oben unter 1, 2 und 3 angeführten Unterlagen.**

5. Verschiedentlich ist das „Recht der Revision" gegenüber verschuldeten Unternehmungen durch die Raiffeisenbank gewahrt. Die Akten lassen nicht erkennen, ob es ausgeübt und konstituiert wurde, da die Kredite unkündbar gewährt sind.

6. Die in manchen Verträgen bedungenen Berichte über Vermögenslage, Beschäftigungsgrad und dergleichen fehlen.

7. Über die entnommenen Verpflichtungsscheine, die an den Giroverband weitergegeben wurden, liegen keine Empfangsbestätigungen vor, lediglich nicht unterzeichnete Aktennotizen.

8. Eine Reihe von Krediten wurde nicht fristgemäß getilgt. In einzelnen Fällen erfolgte Stundung, auch weitere Kreditgewährung. Sind die Schuldner in der Klemme, droht deren Zahlungsunfähigkeit? Die Akten geben auf diese Frage keine Antwort."

Der Revisor kommt zu dem Gesamtergebnis:

„Die hier unter 1 bis 8 niedergelegten Feststellungen wären vom bank- und kredittechnischen Standpunkte ungeheuerlich und im höchsten Grade besorgniserregend.

An ihre Richtigkeit glaubt der Unterzeichnete nicht, sondern ist der Meinung, daß nur die mangelhafte Aktenordnung und die Unvollständigkeit der Akten zu diesen Ergebnissen führten . . .

Unvollständiges Material macht aber die Revision zu einer Farce."

Der Bericht der Untersuchungskommission von Kameke bemerkt zu diesen Sätzen:

„Die Ergebnisse sind so schlimmer Art, daß Dr. Hildebrand selber nicht an sie glauben will und den Grund in der Unvollständigkeit des Aktenmaterials sieht. Wie es aber die Folgezeit ergeben hat, war im wesentlichen der Zustand tatsächlich so. Vollständiger als damals ist das Akten- und das Unterlagematerial beim Zusammenbruch auch nicht gewesen. Die damals offenbar schwerwiegenden Mängel wurden nicht beseitigt, sondern traten späterhin noch in verstärktem Maße hervor."

Im zweiten Teil seines Berichtes ging Dr. Hildebrand auf die sogenannte Kontrollabteilung ein und hob als besonderen Mangel hervor, daß diese Abteilung keine Möglichkeit habe, ihre Prüfungstätigkeit auch auf die Buchhaltung zu erstrecken, obwohl der Leiter der Kontrollabteilung, Direktor Kunz, wiederholt und dringend auf die Notwendigkeit und Wichtigkeit dieser Maßnahme hingewiesen hatte. Der Revisionsbericht von Kameke sagt hierzu:

„Zu einer Änderung dieses Zustandes konnte sich aber der Vorstand weder durch die Feststellungen des Revisionsberichtes, noch durch die Forderungen des Abteilungsdirektors Kunz entschließen, **zumal der damals anscheinend allmächtige Chef der Buchhaltung, Büchen, bei solchen Gelegenheiten mit seinem Rücktritt drohte . . ."**

Also schon im Juli 1922 hatte die Revision durch den Generalrevisor Dr. Hildebrand einen vollendeten Schweinestall aufgedeckt. Der Bericht von Kameke bezeichnete Hildebrands Revisionsbericht als ein „eindringliches Warnungssignal".

Was aber geschah auf diesen Bericht hin? — Nichts!

Fünf Jahre später stellt der Bericht von Kameke fest: „Die damals offenbar schwerwiegenden Mängel wurden nicht beseitigt, sondern traten später in noch verstärktem Maße hervor." Doch halt! Etwas geschah.

Dem Generalrevisor Dr. Hildebrand wurde die weitere Revision der Raiffeisenbank verboten!

Ein edles Sechsgespann.

Bevor wir die Geschäftsgebarung der Raiffeisenbank in der Deflationsperiode betrachten, müssen wir einen Blick auf ihre Leitung werfen.

An der Spitze stand seit 1910 selbstherrlich und selbstbewußt der Geheimrat Dietrich-Prenzlau, als Vizepräsident des Deutschen Reichstages eine unbedingt repräsentative Figur, schneidig und ans Befehlen gewöhnt.

Ein solcher Mann ist natürlich Gentleman vom Scheitel bis zur Sohle, und der Bericht von Kamekes bescheinigt ihm auch das, nur muß der Bericht selber eine kleine „Unkorrektheit" des Herrn Dietrich feststellen: Herr Dietrich hatte nämlich seine eigene Bank in unkorrekter Weise um hohe Summen angepumpt. Darüber wird noch besonders zu sprechen sein.

Erst während der Inflationszeit bekam bei einer Neuorganisation der Bank Herr Dietrich zwei Kollegen in Gestalt des deutschnationalen Landtagsabgeordneten

Seelmann und des bei der Raiffeisenbank heraufgedienten Direktors Schwarz. Seelman wird allgemein das Zeugnis eines anständigen Menschen, aber reinen Theoretikers ausgestellt.

Je mehr die Prominenten sich vom eigentlichen Geschäft zurückhielten, desto freiere Hand hatten die sechs Abteilungsdirektoren, die ein wahres Musterexemplar — wenigstens nach der Schilderung des Berichts von Kamekes — gewesen sein müssen.

Als ersten nennt der Bericht den Abteilungsdirektor Dr. Lange, ein spezielles Protektionskind des Generaldirektors Dietrich, der seine Beförderung zum Raiffeisendirektor als früherer Rechtsanwalt wahrscheinlich dem Umstand verdankt, daß er mit einem deutschnationalen Landtagsabgeordneten, Justizrat Lüdicke, assoziiert gewesen war. Über Dr. Lange sagt der Bericht:

„Er, Dr. Lange, genoß bei der Bankleitung großes Vertrauen. Während seiner Tätigkeit bei der Bank trieb er einen Aufwand, der außer Verhältnis zu seinem an sich nicht kleinen Einkommen stand. Ihm müssen also nebenher erhebliche Mittel zugeflossen sein. In einem Prozeß Hardie & Cie gegen die H. u. P. Sauermann A.-G. hat Sauermann als Zeuge bekundet, daß er aus seinen Mitteln Dr. Lange einige Male Beträge ausgehändigt habe, über deren Höhe er heute keine Auskunft mehr geben könne. Lange wurde durch den Generaldirektor Dietrich eingestellt ... Im Herbst 1921 wurde er Leiter der Kreditabteilung, gewann als solcher ... einen sehr großen Einfluß

und hat bei der Entstehung der Verlustkonten entscheidend mitgewirkt.“

Nummer 2 ist der Hauptkassierer Krause. Er wird im Bericht von Kamekes folgendermaßen charakterisiert:

„Krause soll an sich ein brauchbarer Kassenbeamter gewesen sein.

Auch er soll, wohl verdorben durch die Inflation, nebenher viel Geld erworben haben.

Als zweifelsfrei hat sich herausgestellt, daß er bei dem Kreditgeschäft Graf Rothenburg eine **persönliche Provision von 15 000 Reichsmark** erhalten hat.“

Der vom Preußischen Landtag im Jahre 1929 eingesetzte Untersuchungsausschuß stellte ferner fest, daß Lange von dem Schwindler Thias ein **Schmiergeld von 7000 Dollar**, Krause von dem Schwindler Uralzeff ein **Schmiergeld von 85 000 RM.** angenommen hat.

An den Geschäften mit der gräflich Rothenburgschen Gutsverwaltung hat die Raiffeisenbank auf verschiedenen Konten nahezu zwei Millionen Mark verloren. Aus dem Bericht von Kamekes geht ferner hervor, daß an einer Firma Kullack & Müller — Wallstab-Holzhandlung — die Raiffeisenbank durch Kreditgewährung über 200 000 Mark verloren hat. Tatsächlicher Inhaber der Firma und Vorsitzender ihres Aufsichtsrates war — Prokurist und Abteilungsdirektor Krause von der Raiffeisenbank!

Nummer 3 ist der Chef der Buchhaltung, Büchen, von dem wir schon erwähnten, daß er jede Revision der Buchhaltung durch Drohung mit Amtsniederlegung jahrelang zu verhindern wußte. Von ihm sagt der Bericht von Kamekes:

„Direktor Schwarz ... stellt ihm (Büchen) ein gutes Zeugnis aus, das aber sicher mit einigem Vorbehalt aufzunehmen ist, da B. eine seiner wesentlichsten Stützen war. B. hat sich jedenfalls auf das entschiedenste gegen die Kontrollabteilung gesträubt,

er ist den an ihn gestellten Anforderungen unter keinen Umständen gewachsen gewesen.“

Nun tritt als Nummer 4 eine ganz besonders markante Person in Erscheinung: Leiter der Börsenabteilung in der Raiffeisenbank war nämlich

kein anderer als der berüchtigte Schieber Rathke, der zuletzt durch den Waldenburger Stadtanleiheskandal in gewohnter übler Weise von sich hat reden machen. Hier seine Charakteristik:

„Er ist einer der Hauptschuldigen an dem verlustbringenden Ankauf der ostpreußischen Dampfwollwäschereiaktien. Seine Entlassung erfolgte bereits 1924, allerdings erst mehrere Monate nach der von ihm veranlaßten und durchgeführten Ostwolle-Aktion (die der Raiffeisenbank einen Verlust von über fünf Millionen einbrachte. Red. d. V.).

Sein damaliges Verhalten bot genügend Grund zur fristlosen Entlassung,

die auch folgerichtig sofort hätte vorgenommen werden müssen."

Nunmehr folgt als fünfter der Prokurist Tannen. Er ist nach dem von Kameke-Bericht Mitbegründer der Firma Thias & Co., der von der Raiffeisenbank ein Millionenkredit gegeben wurde, als dessen Deckung die Inhaber der Firma gefälschte Wechsel in die Tresors lieferten. An der Firma Thias & Co. verlor die Raiffeisenbank über 800 000 M. Tannen wurde bei Raiffeisen Leiter der Warenkreditabteilung, die dem Direktor Seelmann unterstellt war. Seine Charakteristik im Revisionsbericht ist kurz und vielsagend. Der Bericht sagt nämlich über Tannen:

„Seine Tätigkeit war verhängnisvoll. Sie endete mit der Übernahme Tannens zu Riebe als dessen Generaldirektor."

Wozu lediglich hinzuzufügen ist, daß an diesem Riebe, der den Prokuristen Tannen als Generaldirektor anstellte, die Raiffeisenbank durch leichtsinnige Kreditgewährung etwa sechs Millionen Mark glatt verloren hat.

Von dem Sechsten, Prokuristen Möhring, wird im Bericht von Kamekes gesagt:

„Er war Leiter der Effektenabteilung.

Auch er war ein Versager.

Vielfach hat er ganz eigenmächtig Kredite gewährt und auch selber für seine Spekulation bei der Bank Kredit in Anspruch genommen. Später gab man ihn an die Landmann-Bank ab."

Die hier genannte Landmann-Bank war eine Tochtergesellschaft der Raiffeisenbank, die es verstanden hat, bei 50 000 Mark Goldkapital innerhalb eines Jahres mit 7½ Millionen Mark Verlust abzuschließen.

So sah die Leitung aus, mit der das deutschnational-agrarische Bankunternehmen durch die schwierigen Zeiten der Deflation steuern sollte. Kein Wunder, daß es bald als steuerloses Wrack dahintrieb!

Die Bank der Schieber und Glücksritter.

Mit der Deflation war für die Raiffeisenbank eine völlig neue Lage geschaffen. Während im Kriege und der Inflationszeit aus der Landwirtschaft das Geld der Bank zuströmte, so daß sie es kaum unterzubringen wußte, setzte nun auf einmal die bekannte Geldknappheit ein. Aber man zog keine Konsequenzen daraus. Der Bericht von Kamekes sagt:

„An Stelle des kaum abzudämmenden Geldzuflusses aus den Genossenschaften hatte sich ein steigender und schwer zu befriedigender Geldbedarf herausgestellt, so daß nunmehr die früheren zwingenden Gründe für die Geldanlage außerhalb der Genossenschaften nicht mehr vorlagen. Man hätte jetzt also erwarten müssen, daß Vorstand und Aufsichtsrat angesichts dieser völlig veränderten Lage zu der Handhabung des außergenossenschaftlichen Geschäftes grundsätzlich Stellung nehmen würden. Nichts davon geschieht. In der Ausschuß- und Vorstandssitzung vom 27. Februar 1924 werden die Unregelmäßigkeiten bei der Deutschen Girozentrale besprochen. An die Gestaltung der Verhältnisse im eigenen Hause denkt niemand."

Erst im Oktober 1925, als das Unglück restlos geschehen war, wurde offiziell der Beschluß gefaßt, sich im wesentlichen auf das Genossenschaftsgeschäft zu beschränken. Unwiderbringlich zu spät. Was war inzwischen geschehen? Wir lesen:

„Während zu Beginn des Jahres 1924 das Geschäft mit Privaten in großem Umfange aufgenommen und in steigendem Maße forciert wird, werden den Genossenschaften die von der Preußenkasse zugeleiteten Gelder in mäßigen Grenzen mit aller gebotenen Vorsicht und Einschränkung zugeführt.

Schieber und Glücksritter mannigfachster Art drängen sich an die Bank heran, werden sogar durch ihre Beamten herangezogen und empfehlend eingeführt, erhalten überall Dank der guten Beziehungen zu diesen Beamten den Vortritt.

Dagegen müssen die Genossenschaften und deren Vertreter bescheiden im Hintergrund stehen und finden mit ihren berechtigten Wünschen kaum Gehör. Während solchen Leuten wie Uralzeff und Riebe bereits im ersten Vierteljahr mehrere Millionen hergegeben, während allein in dem Geschäft mit der Ostpreußischen Dampfwollwäscherei rund sieben Millionen Mark investiert werden, erhält der große Filialbezirk Königsberg für alle seine Kreditgenossenschaften in derselben Zeit rund eine Million Mark ... Die Filiale hilft sich dadurch, daß sie, um die allerdringendsten Kreditbedürfnisse zu befriedigen, etwa drei Millionen Wechsel bei der Reichsbank gegen Sicherung durch erststellige Feingoldhypotheken diskontiert. Als man dann von Königsberg aus ... über die neugeschaffene Lage mit der Zentralleitung Berlin verhandelt, werden von dieser dem Filialdirektor die allerschwersten Vorwürfe gemacht. Er wird von Dr. Seelmann darauf hingewiesen, daß eine einzige Filiale durch eine derartige verfehlte Geldpolitik die deutsche Raiffeisenbank unter Geschäftsaufsicht zwingen könnte."

Zur gleichen Zeit hatte die Raiffeisenzentrale Berlin schon über 20 Millionen in wilden Spekulationen stecken. Aber sich selbst machte sie keine Vorwürfe wegen Gefährdung der Bank. Denn sie vertraute auf ihre Schieber und Glücksritter, auf die Uralzeff und Riebe.

Die frisierte Eröffnungsbilanz.

Der innere Grund für das unvernünftige Spekulationsgebaren der Raiffeisenbank ist zunächst nicht zu erkennen. Aber bei näherer Betrachtung zeichnen sich die Motive ab.

Zunächst war die Bank durch die Inflation und die schon damals großzügig betriebenen Privatgeschäfte stark aufgebläht worden. Sie zählte 1400 Angestellte gegen 130 vor dem Kriege. Aus dem normalen Kreditgeschäft mit den Genossenschaften waren die Gehälter für einen solchen Apparat schwer oder gar nicht zu verdienen, zumal eine Scheinbezahlung mit Inflationsgeld sich nicht mehr durchführen ließ.

Als zweites treibendes Moment kamen die bereits erwähnten, in der Inflation erlittenen Verluste und angeknüpften Geschäftsbeziehungen hinzu, während letztere sich automatisch fortspannen (so mit Riebe, Sauermann, Teichgräber usw.), war eine ehrgeizige Direktion bestrebt, die eingetretenen Verluste durch Extragewinne wettzumachen.

Aber dazu kommt noch ein weiteres:

Die Raiffeisenbank hatte nämlich gleich die Stabilisierungsperiode mit einer inneren Unehrlichkeit begonnen. Aus Großmannssucht hatte sie bei der Umstellung auf feste Währung in ihrer Goldmark-Eröffnungsbilanz ihr Geschäftskapital auf 25 250 000 Mark angegeben.

Gewiß eine stolze Ziffer, ein ansehnliches Kapital, das wohl keine Großbank, aber eine starke Mittelbank auswies. Nur litt diese Goldmark-Eröffnungsbilanz an einem kleinen Fehler: die 25 Millionen waren in Wirklichkeit nicht vorhanden.

Alles, was man an Kapital, Grundstücken, Inventar usw. aus der Inflationsperiode gerettet hatte, ließ sich bei höchster Einschätzung auf einen Wert von etwa 11 Millionen bringen. Aber auch das war noch reichlich hoch gegriffen. Der Bericht von Kameke sagt:

„Die Leitung der Bank war vornehmlich aus Gründen des Prestiges nach außen und nach innen bestrebt, zu einem möglichst hohen Goldaktienkapital zu gelangen. Man hatte sich in diesem Bestreben auf den Betrag von 25 250 000 Mark festgelegt und bog nun nach diesem Ziel die einzelnen Aktivwerte zurecht. Nur so ist es zu erklären, daß einzelne Posten unter völliger Verkennung der wirtschaftlichen Lage und der daraus folgenden Notwendigkeit ganz unverhältnismäßig hoch angenommen sind. Ganz außerordentlich hoch bewertet erscheint das Warenkonto; das Konto für Emballagen (Säcke), das in vorsichtigen Bilanzen normaler Weise mit 1 M. zu Buche steht, ist gegenüber der letzten Friedensbilanz von 1913 von 30 000 M. auf 46 000 M. heraufgesetzt."

Der Bericht führt dann weiter als viel zu hoch an das Gebäudekonto, das Inventarkonto und stellt dann schließlich fest, daß sich sogar noch ein positiver Fehler von 1½ Millionen Mark in die Bilanz eingeschlichen hat, um den das Vermögen irrtümlich zu hoch erscheint. Es waren also nicht einmal 11 Millionen da, viel weniger 25 Millionen.

Wo kamen die fehlenden 14 Millionen her? Sehr einfach! Das Aktienkapital wurde entsprechend erhöht und der Betrag auf die einzelnen Aktionärgenossenschaften umgelegt.

Es wurde dabei nicht gefragt, ob die betreffende Genossenschaft nach ihrer Leistungsfähigkeit und ihrem Vermögen überhaupt in der Lage war, die ihr zugedachte Einzahlungspflicht zu erfüllen.

Den Genossenschaften wurde eine kurze Erklärungsfrist gesetzt, wobei Nichtabgabe einer Erklärung als Übernahme der Verpflichtung gelten sollte!

Eine Anzahl Genossenschaften protestierten, tatsächlich gingen von dem nachgeforderten Betrag für 7,8 Millionen Zuzahlungen nicht ein. Trotzdem genierte man sich nicht, die Forderung von 14 Millionen zu 100 Prozent aktiviert in die Eröffnungsbilanz einzustellen. Auf diese Weise „besaß" man ein Goldkapital von 25 Millionen Mark.

Was aber geschah mit den 7,8 Millionen nicht abgenommener Aktien? Man half sich mit einer harmlosen kleinen Schiebung aus jeglicher Verlegenheit: Da keine der angeschlossenen Genossenschaften diese Aktien abnehmen wollte,

so gab die Raiffeisenbank die Aktien an ihre Tochtergesellschaft, die Landmann-Bank. Diese „Käuferin" litt leider an dem Fehler, daß sie mit ihren 50 000 Mark Goldkapital nicht in der Lage war, die 7,8 Millionen M. zu bezahlen.

Das focht die großen Geschäftsleute der Raiffeisenbank nicht an; der Kaufpreis wurde der Landmann-Bank als „zinsloses Darlehen" gestundet, die Forderung an die Landmann-Bank aber in voller Höhe aktiviert in die Bilanz eingesetzt. So hatte die Raiffeisenbank ihr gesamtes Aktienkapital von 25 Millionen „untergebracht" Selbst nach dem Zusammenbruch blieb dieser Schwindel noch eine Zeitlang verborgen; bei der Revision, die von der Preußenkasse im Herbst 1925 veranlaßt wurde, entdeckte man ihn nicht.

Erst im Februar 1926 mußte der inzwischen neugewählte Vorstand der Raiffeisenbank gegenüber der Preußenkasse mit dem Geständnis hervortreten, daß 7,8 Millionen Aktienkapital „völlig in der Luft hingen". Der alte Vorstand hatte auf der Generalversammlung des Jahres 1925

nur zartfühlend davon geredet, daß eine „Umlagerung" des Aktienkapitals im Gange sei!

So stand das ganze Institut bereits, von innen betrachtet, auf schwindelhafter Grundlage, als es nun auch von außen her der Geldgier noch gerissenerer Schwindelunternehmungen zum Opfer fallen sollte.

In die Ostwolle geraten!

Das erste große Geschäft, das die kaufmännischen Fähigkeiten der Raiffeisen-Direktion erweisen sollte, war die „Ostwolle". Für Hakenkreuzler und Rassereiniger: Unter Ostwolle versteht man hier nicht etwa das wollige Haar eines Ostjuden, sondern das Wort ist die Abkürzung für ein alteingesessenes, von Haus aus solides, aber nicht sehr umfangreiches Königsberger Industrie-Unternehmen, die „Ostpreußische Dampfwollwäscherei A.-G.". Mit diesem Unternehmen hatte die Raiffeisenbank ihrem Zweck und Statut nach etwa soviel zu tun wie ein Wäschegeschäft mit einer Schokoladenfabrik. Aber man schrieb 1924, ein Personal von 1400 Köpfen war aus der Inflationszeit zurückgeblieben, das erforderte Besoldung! So fuhr denn die Raiffeisenbank mit vollen Segeln, geschwellt von den kühnsten Gewinnhoffnungen, in die wilde Spekulation.

Am 21. Februar 1924 rief der Börsenvertreter der Raiffeisenbank, Rathke, von der Börse aus an und teilte dem Direktor Schwarz mit: Er habe ein fabelhaftes Geschäft an der Hand, doch müsse man sich in wenigen Stunden entscheiden. Schleunigst aufs Büro gerufen, trug Rathke (nach dem Bericht von Kameke) folgendes vor:

> Durch Vermittlung des Bankhauses Fabian könne man 1251 Stück Aktien der Königsberger Ostwolle von dem Prokuristen Förstner der Bankfirma Schreib, der von dieser Firma auszuscheiden wünsche, zu 140 % kaufen. Der amtlich notierte Kurs bewege sich seinerzeit zwar um ca. 115 %, die Firma Schreib wünsche aber aus bestimmten Gründen die qualifizierte Minorität zu erwerben und würde daher für dieses Paket einen **erheblich höheren** Kurs anlegen. Das Geschäft würde sich bis spätestens 31. 3. 1924 abwickeln und eine Kapitalaufwendung von ca. 1,5 bis 1,6 Millionen erfordern.

Bei der Raiffeisenbank wußte man zwar weder etwas von Ostwolle, noch von den Bankhäusern Fabian und Schreib, aber auf das Stichwort „Verdienen" sprang man mit beiden Füßen in das Geschäft. Der Bericht von Kamekes jammert:

> **Man kannte nicht die Königsberger Dampfwollwäscherei, geschweige denn den inneren Wert ihrer Aktien.** Es wurde auch **gar kein Versuch gemacht, sich über die wichtigsten Daten dieses Unternehmens zu orientieren.** Hätte man das getan, so hätte man feststellen können, daß das Friedenskapital der Gesellschaft 500 000 Mark betragen hat und während der Inflation durch Neuemissionen auf fünf Millionen Papiermark gebracht wurde, daß also der derzeitig amtlich notierte Kurs von 115 % kaum mehr vertretbar war. Eine nähere Erkundigung an Ort und Stelle, wozu die Königsberger Filiale die Möglichkeit bot und wie sie späterhin vorgenommen wurde, hätte schon damals Einzelheiten ergeben, die einen derartigen Entschluß verhindert hätten. Man gab sich auch nicht einmal die Mühe, vor einem Ankauf von fast ⅓ des gesamten Aktienkapitals sich die Firmen und Personen, die bei diesem Geschäft mitwirken sollten, näher anzusehen und
>
> **fiel blindlings auf die sehr dürftigen und wenig greifbaren Angaben des Herrn Rathke hinein.**

Tatsächlich kaufte nun dieser nicht von dem Prokuristen Förstner, sondern **von Schreib selber** und zwar zu dem erhöhten Kurse den gesamten Posten auf einmal.

Also jener Schreib, der angeblich ein Interesse daran hatte, die Aktien der Ostwolle zu erhöhtem Kurse der Raiffeisenbank abzunehmen, trat selber als Verkäufer auf; er benutzte die Gelegenheit, um seinen Aktienbesitz an Ostwolle zu einem ungeheuerlichen Kurse los zu werden!

Statt der vereinbarten 1251 Stück kaufte Rathke nach und nach zu ständig gesteigerten Kursen 3490 Stück der Dampfwolle-Aktien — angeblich, um den Kurs an der Börse zu regulieren. Am 14. März 1924 war der Kurs der Dampfwolle durch die ständigen Käufe bis auf 198 % getrieben, zu einer Zeit, wo ein erstklassiges Papier wie Harpener, eine Aktiengesellschaft, die ihr Friedenskapital niemals vergrößert hatte, an der Börse mit 70 % notierte. Die unerklärliche Kurssteigerung der Ostwolle bildete das Tagesgespräch der Börse. Als aber der Direktor der Königsberger Raiffeisenfiliale, stutzig gemacht durch die Nachricht der Börsenzeitungen, daß Raiffeisen hinter diesen Käufen stände, in Berlin anfragte, wurde ihm bedeutet, er möchte sich nicht um Dinge kümmern, die ihn nichts angingen! Inzwischen kaufte Rathke munter weiter Ostwolle-Aktien zu höchsten Kursen auf. Er war der Raiffeisenbank gegenüber auch vollkommen gedeckt, denn am 20. März 1924 hatte ihm der Vorstand der Raiffeisenbank folgende Blankovollmacht ausgestellt:

„Herr Direktor Rathke ist berechtigt, alle Angelegenheiten, betreffend die Dampfwollwäscherei-Aktien, selbständig zu führen und zu erledigen."

Natürlich legte Rathke diese Vollmacht für sich in weitgehendster Weise aus. Im April 1924 hatte er schließlich ca. 4300 Aktien der Dampfwolle, das heißt, rund 90 Prozent des gesamten Aktienkapitals, zu einem Durchschnittskurse von 165 %, das heißt mit rund 7,1 Millionen Mark erworben. Mehr als ein Drittel des gesamten Aktienkapitals der Raiffeisenbank war in diesem dunklen Geschäft festgelegt, ohne daß der eigentliche Vorstand sich bisher im geringsten darum gekümmert hatte!

Jetzt endlich erwachte dieser aus dem Winterschlaf und beschloß nun, nachdem man das gesamte Paket bereits erworben hatte, sich auch einmal nach dem Wert dieser Aktien zu erkundigen. Eine Kommission wurde von Berlin nach Königsberg geschickt. Sie stellte fest, daß das gesamte Unternehmen, dessen Aktienmajorität man eben mit über sieben Millionen bezahlt hatte, bei optimistischer Schätzung höchstens 2,3 Millionen in seiner Gesamtheit wert war! (Später hat sich als Gesamtwert des Unternehmens noch nicht einmal eine Million herausgestellt!) Die Raiffeisenbank mußte erkennen, daß sie mindestens fünf Millionen M. zuviel für die Aktien bezahlt hatte. Auch setzte, sobald ihre Käufe aufhörten, ein gewaltiger Kurssturz ein. Im April fiel der Kurs der Dampfwolle-Aktien auf die Hälfte! Daß man glatt betrogen worden war, ergibt sich auch aus Briefen des Bankiers Schreib, des angeblichen Käufers und tatsächlich Mitkäufers der Aktien, in dem es heißt:

„Am Montag hörte ich, daß ein großer Posten, und zwar 180 000 Mark, von einer bestimmten Seite außerhalb der Börse gehandelt wurde .... Ich habe jedenfalls meinerseits Ware aufgenommen, um sie aus dem Markt zu nehmen und gleichzeitig mit Willen den Kurs heraufgesetzt, weil ich so hoffte, die oder den Käufer auszupumpen ...

Hoffentlich holt sich der Käufer einen gehörigen Schnupfen.

Sollte aber der Kurs bedeutend runtergehen, so werde ich mir ein Vergnügen daraus machen, falls es möglich ist, ihm die Ware recht niedrig abzunehmen."

An diesen Schreib wandte sich nun in ihrer Not die Raiffeisenbank mit dem Anerbieten, ihr das Aktienpaket für den von ihr gezahlten Preis abzunehmen. Hohnlachend lehnte Schreib ab!

Jetzt war guter Rat teuer. Man war sich klar, daß dies fatale Geschäft in den Büchern der Raiffeisenbank nicht stehen bleiben konnte. Wozu hatte man aber

eine Tochtergesellschaft, die Landmann-Bank? Die Landmann-Bank besaß zwar nur ein Goldkapital von ganzen 50 000 Mark, aber das hinderte nicht, daß sie der Raiffeisenbank das Gesamtpaket für 7,1 Millionen abnehmen durfte, mit welcher Summe sie nun in den Büchern der Raiffeisenbank belastet erschien. Als das stellvertretende Aufsichtsratsmitglied der Raiffeisenbank, Pfarrer Doyé, durch Börsengerüchte stutzig gemacht, in der Raiffeisenbank erschien, um sich über das Ostwollegeschäft zu informieren, konnte ihm der Vorstand mit Biedermannsmiene versichern, daß die Raiffeisenbank kein einziges Stück dieser Aktien mehr besitze, sondern das ganze Paket „verlustlos abgestoßen" habe!

Indeß: für alle Ewigkeit konnte das Paket auf der Landmann-Bank nicht bleiben. Deswegen wurde diese einige Wochen später ersucht, den größten Teil der Aktien wieder einzuliefern. Der Bericht von Kameke sagt hierzu:

„Diese Manipulationen hatten offensichtlich nur den Zweck, nach außen hin den wahren Tatbestand nicht zu zeigen. Tatsächlich ist das gesamte Risiko aus diesem Geschäft stets der Raiffeisenbank geblieben. **Im April 1924 betrug schon der kursmäßige Verlust annähernd drei Millionen Mark, der der Direktion natürlich schwere Sorgen machte** (aber sie nicht verhinderte, das Paket der Landmann-Bank zur Kurshöhe von 7,1 Millionen statt von 4,1 Millionen anzurechnen! Red.). Der Vorstand war nach seinen Angaben schon nahe daran, dem Aufsichtsrat von diesem Konto Mitteilung zu machen; **da erschien als Retter in der Not am 17. 5. 1924 der Russe Michael Uralzeff.**"

Mit diesem „Retter aus der Not" sollte ein neues, nicht weniger amüsantes und nicht weniger verlustreiches Kapitel der Raiffeisenbank beginnen.

Uralzeff, der Retter aus dem Pfuhl.

Mit Uralzeff stand die Raiffeisenbank schon seit 1923 in Geschäftsverbindung. Der Prokurist Krause hatte ihn als Kunden zugeführt, der seinerseits die Bekanntschaft des interessanten Mannes in der deutschnationalen Stammkneipe, dem Weinhaus Pfuhl in der Königgrätzer Straße, gemacht hatte, allwo die deutschnationale Führerelite aus den benachbarten Partei-, Landbund-, Raiffeisen- usw. Häuser zu verkehren pflegt.

Es ist interessant, daß etwa um die gleiche Zeit, in der Uralzeff im Pfuhl als Retter erschien, dort die Konferenzen der Herren Bacmeister und Leopold mit den Staatsanwälten Kußmann und Caspari stattfanden, in denen Herr Bacmeister den Herren Assessoren Wein spendierte und die beste Methode aus ihnen herauszuziehen suchte, die Sache Barmat in möglichst sensationeller Weise für die Deutschnationalen auszuschlachten.

Ein reizendes, ein überwältigendes Bild: an einem Tische des gleichen Lokals versammelt die „Reiniger Deutschlands", die Drachentöter der Korruption, sich mit „Enthüllungen" gegen die Republik bewaffnend, — am Nebentische Herr Uralzeff mit den deutschnationalen Direktoren der Raiffeisenbank, dunkle Schiebergeschäfte in Ostwolle ausheckend. „Sieh, das Gute liegt so nah, warum in die Ferne schweifen", konnte man den biederen Korruptionsbekämpfern zurufen. Sie hätten nur an den Nebentisch zu gehen brauchen, um ein reiches Betätigungsfeld bei Herrn Uralzeff und der Raiffeisenbank zu finden. Aber das paßte freilich nicht ganz in ihren parteipolitischen Kram.

Wer war Uralzeff? Niemand weiß es bis heute. Generaldirektor Dietrich hat ein Jahr später in einer Aufsichtsratssitzung vom 29. 4. 25 laut Kameke-Bericht folgende Schilderung des Mannes gegeben:

„Es handele sich um einen Mann, dem man unter allen Umständen Vertrauen schenken könne. Er sei zwar körperlich hinfällig und neige zu nervösen Zufällen, aber der Mann stehe noch unter den Eindrücken der Schreckensherrschaft des Bolschewismus; er sei nur mit knapper

Not den Händen der Bolschewisten entgangen, die ihn bereits zum Tode verurteilt hätten. Der Herr habe in den letzten Jahren durch diese Dinge in Rußland die schwersten seelischen Erschütterungen zu überstehen gehabt, die heute noch seine Persönlichkeit ungünstig beeinflußten."

Dr. Seelmann bezeichnete gleichfalls Uralzeff als anständigen Geschäftsfreund, betonte seinen griechisch-katholischen Glauben und das Faktum, daß Uralzeff bisher prompt reguliert habe. Wozu der Kameke-Bericht bemerkt:

„Diese prompte Regulierung bestand allerdings im wesentlichen darin, daß er die fällig werdenden Verbindlichkeiten mit neuen Krediten, die ihm wieder von der Bank bereitwilligst eingeräumt wurden, abdeckte."

Ob es letzten Endes die nervösen Zustände, der griechisch-katholische Glauben oder das Todesurteil der Bolschewisten war, was Uralzeff kreditwürdig machte, ist nicht festzustellen. Jedenfalls erhöhte sich sein Konto, das Ende 1923 bescheiden mit 20 000 Goldmark eingesetzt war, bis 1. April 1924 sehr rasch auf mehr als eine Million. Aber ins Gigantische stiegen Uralzeffs Kredite doch erst, als er anscheinend die Raiffeisenbank aus ihrer Ostwolle-Not befreite.

Als man nämlich wegen dieses dreifach überbezahlten Pakets im Direktorium in immer größere Verzweiflung geriet, da man in ganz Deutschland keinen Käufer fand, verfiel schließlich irgendwer auf den Gedanken, man solle doch das Paket einem Ausländer aufhängen, zum Beispiel diesem Russen Uralzeff, der doch nach der Höhe seiner Kredite ein potenter Abnehmer zu sein schien. Wer beschreibt Freude und Entzücken, als Herr Uralzeff sofort mit großer Gebärde sich bereit erklärte, die gesamten 4400 Stück Aktien zum Kurse von 155 %, für 6,82 Millionen Mark, also mit recht geringem Verlust für die Raiffeisenbank, zu kaufen! Man glaubte fast an ein Wunder!

Allerdings hatte es mit dem Kauf einen ganz kleinen Haken: Herr Uralzeff leistete zunächst nur eine bescheidene Anzahlung. Er wollte das Paket auch gar nicht für sich kaufen, sondern als Vermittler für ein „holländisches Konsortium" von zwei Herren. Damit dieses holländische Konsortium aber die Aktien tatsächlich kaufe, sei eine kleine Manipulation notwendig .... Welche? Ein Brief der Raiffeisenbank (gez. Schwarz), datiert vom gleichen Tage (17. 5. 24) wie der Kaufvertrag mit Uralzeff, und ebenfalls an Uralzeff gerichtet, gibt darüber lehrreichen Aufschluß. Der Brief lautet:

„Wegen des Verkaufs der Ostpreußischen Dampfwollwäscherei-Aktien durch zwei Herren

überlassen wir Ihnen gern RM. 300 000 zwecks Abfindung dieser Herren.

Sie wollen die Summe an unserer Kasse in Empfang nehmen. Wir danken Ihnen für Ihre Bemühungen."

So bestand der „Erfolg" des Verkaufs an Uralzeff für die Raiffeisenbank zunächst in der Hingabe eines Schmiergeldes von 300 000 Mark in bar an den findigen Russen. Wie schlecht das Gewissen der Raiffeisenbank war, geht daraus hervor, daß diese 300 000 Mark auf ein Geheimkonto „Dr. Lange-Krause" verbucht wurden. Der Bericht von Kameke sagt:

„Die Einrichtung dieses Konsortialkontos ist laut Brief vom 31. Juli 1924 von Dr. Seelmann und Dr. Lange angeordnet; **offenbar wollte man damit das eigentliche zugrundeliegende Geschäft in der Buchhaltung verschleiern."**

Uralzeff steckte die 300 000 Mark ein — und dabei blieb es. Denn das hinter ihm stehende „holländische Konsortium" war ein Gebilde eigener Art. Die Raiffeisenbank, blind wie immer, hatte sich um die Zusammensetzung dieses Konsortiums zunächst gar nicht gekümmert. Der von Kameke-Bericht sagt:

„Später wurden (durch Uralzeff) von diesem angeblichen Konsortium die Namen de Peterson und Keßler bekannt. Ob der Letztgenannte überhaupt existiert hat, erscheint mehr als zweifelhaft! Bestenfalls handelt es sich um einen ausgesprochenen Strohmann. de Peterson

war ebenfalls wie Uralzeff ein gewandter Russe, der sich anfänglich in Holland als Dolmetscher ernährte, dann sich geschäftlich betätigte und 1921 Konkurs machte. Nach der erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1925 eingeholten Auskunft waren **seine Mittel ganz geringfügig. So sah im wesentlichen das sogenannte holländische Konsortium aus.**"

Das Konsortium gab als Sicherheit Wechsel, die selbstverständlich von der Raiffeisenbank auf ihre juristische Seite hin nicht geprüft wurden (von drei Vorstandsmitgliedern waren ja auch nur zwei Rechtsanwälte!) und die sich später als nach holländischem Recht ungültig erwiesen! Ein ebenfalls ungültig verpfändetes Lager in Holland enthielt — verschobene Reparationsware! Der Effekt war, daß die Raiffeisenbank auf den Ostwollaktien sitzen blieb, den Kaufpreis weder von Uralzeff noch von seinen Hintermännern bekam und aus der ganzen Verkaufstransaktion mit Uralzeff nichts als einen weiteren Verlust von 300 000 Mark, der gezahlten Schmiergeld-Provision, buchen konnte.

Doch sollte sich an diesen direkten noch ein viel größerer indirekter Verlust knüpfen. Denn solange die Raiffeisendirektion hinsichtlich des Verkaufs der Ostwolle an Uralzeff noch gläubig war, fühlte sie sich zwar von einer Sorge befreit, aber das böse Gewissen schlug jetzt nach einer anderen Richtung: indem sie Herrn Uralzeff ein Paket, von dem sie wußte, daß es kaum zwei Millionen Mark wert war, für fast sieben Millionen aufhängte, betrog sie ihrerseits Herrn Uralzeff bzw. seine Hintermänner. Und dieses schäbige Manöver gegenüber dem noblen, anständigen Uralzeff mußte die Raiffeisenbank doch irgendwie gutmachen. Sei tat es, indem sie Uralzeff als Dank und Belohnung für sein Einspringen in dieser kummervollen Sache von nun ab mit Krediten geradezu überhäufte: Herr Uralzeff wurde der Groß-Schuldner der Raiffeisenbank.

Uralzeffs Schmuckkästlein.

Als Uralzeff der Raiffeisenbank das fatale Ostwollepaket abnahm (oder vielmehr: so tat, als ob er es abnähme), war ihm von der hochbeglückten Direktion der Bank versichert worden: Als Lohn für solche Großzügigkeit werde die Raiffeisenbank bereitwilligst Herrn Uralzeff mit Krediten zur Verfügung stehen, falls er sie für seine Geschäfte brauche.

Natürlich brauchte Herr Uralzeff Kredite und zwar viele. Welcher Art seine Geschäfte waren, darüber hat sich die Raiffeisenbank kaum vergewissert. Es liegt auch ziemliches Dunkel darüber. In der Hauptsache war von einem russischen und von einem amerikanischen Geschäft die Rede. Bei Amerika handelte es sich um eine Spirituosenlieferung (also höchstwahrscheinlich um Alkoholschmuggel), bei Rußland um allerhand Waren, die in verschiedenen Lägern bei Spediteuren aufgestapelt lagen.

Uralzeff kannte das böse Gewissen der Raiffeisendirektion und zögerte nicht, diese Situation auszunutzen. Nach der Uebernahme des Ostwolle-Pakets stiegen seine Schulden bei der Raiffeisenbank sehr rasch ins Phantastische. Am 1. 9. 24 betrug sein Schuldsaldo bereits über sechs Millionen Mark. Wenige Wochen später gründete Uralzeff eine „Orion-Handelsgesellschaft", die von der Raiffeisenbank freigebigst mit einem Anderthalb-Millionen-Kredit ausgestattet wurde. Am 3. Februar 1925 schuldete Uralzeff (einschließlich der Orion) auf drei verschiedenen Konten bereits reichlich zehn Millionen Mark. Dazu kam noch die Schuld von 5,8 Millionen aus der Übernahme des Ostwolle-Pakets.

Für alle diese Kredite hatte Herr Uralzeff natürlich „Sicherheiten" geleistet. In erster Linie verpfändete er der Raiffeisenbank seine Warenläger. Aber diese Verpfändung war eitel Trug. Hören wir den Bericht von Kamele:

„Was die verpfändeten Lagerscheine angeht, so **unterließ man** (die Raiffeisenbank) **die Prüfung, ob es sich um rechtlich einwandfreie, das Eigentum mit übertragende indossable Papiere im Sinne des Handelsgesetzbuches han-**

delte. Tatsächlich war das nicht der Fall. Nach den Sonderbedingungen der Spediteure war Uralzeff nach wie vor berechtigt, über die Lagerbestände zu verfügen. Man überzeugte sich auch nicht, ob die angegebenen Waren der Menge und Beschaffenheit nach vorhanden waren, obwohl der größte Teil bei der Firma A. Koch in Berlin lagerte. Erst im Februar 1925 führte die Bank eine Korrespondenz mit Uralzeff wegen Einreichung einer spezifizierten Aufstellung. Schließlich muß Dr. Seelmann in einer Sitzung des Ausschusses am 11. 11. 1925 (!) mitteilen, es sei inzwischen festgestellt, daß

Uralzeff die Pfänder vom Berliner Lager wohl schon August 1924 (!) entwendet

und die Bank in dem Glauben gelassen habe, daß alles noch vorhanden sei."

Als man Uralzeff diese unredliche Handlungsweise vorhielt, erklärte er mit größter Kaltschnäuzigkeit, daß er allerdings unrecht getan habe. Aber der Raiffeisenbank käme es doch nicht auf Pfänder an, sondern auf Geld und das werde er sogleich aus Paris von der russischen Handelsgesellschaft holen. Was es damit auf sich hatte, werden wir noch erfahren.

Vorläufig müssen wir erst bemerken, daß die Warenläger nicht die einzige „Sicherheit" des Uralzeff darstellten. Als großzügiger Geschäftsmann gab er sogar noch eine „zusätzliche Sicherheit" in Gestalt **einer verschlossenen Kassette, die Schmuckstücke im Werte von ¾ Millionen Goldmark enthalten sollte.** Aber auch mit dieser Juwelenpracht hatte es einen Haken. Der Bericht sagt:

„Die erwähnten Schmuckstücke werden ebenfalls auf ihren Wert nicht untersucht, sondern man wiegt sich, lediglich auf Angaben Uralzeffs gestützt, anderthalb Jahre hindurch in dem Glauben, dieselben repräsentierten einen Wert von ¾ Millionen Reichsmark. **Am 26. Mai 1926 werden diese Schmucksachen dann schließlich für ganze 15 000 RM. verkauft. Sie haben auch niemals einen höheren Wert gehabt."**

Es stellte sich heraus, daß die Raiffeisenbank nicht nur jede Schätzung der Schmuckstücke durch einen Sachverständigen unterlassen, sondern bei Hereingabe der Schmuckkassette nicht einmal ein Inventarverzeichnis ihres Inhalts mit Uralzeff festgelegt hatte. Dies machte sich Uralzeff später zunutze, indem er dreist behauptete, ent Teil des in der Kassette enthaltenen Schmucks sei bei Raiffeisen verloren gegangen und ihm stände Ersatz dafür zu!!

Übergehen wir die weiteren zweifelhaften Verpfändungen des Uralzeff, um zu seinem Haupttrumpf zu gelangen, den zu erwartenden Eingängen aus dem russischen Geschäft. Immer, wenn die Raiffeisendirektion ungeduldig wurde, vertröstete Uralzeff sie mit der baldigen Ankunft der russischen Rubel-Millionen. Als im Juni 1925 die Generalversammlung der Raiffeisenverbände in Heidelberg zusammentreten sollte, war der halb verzweifelte Vorstand schon beinahe bereit, das ganze Verlustgeschäft der Mitgliedschaft öffentlich zu beichten. Da erschien — genau einen Tag vor der Generalversammlung — Uralzeff mit der Freudenbotschaft: es sei jetzt soweit! Von Rußland sei ein Mann mit fünf Millionen unterwegs, die auf der russischen Handelsdelegation in Paris in Empfang genommen werden könnten. Entsprechende Dokumente wies Uralzeff vor.

Wieder einmal plumpste der Raiffeisendirektion ein schwerer Stein vom Herzen. In Eile wurde der Prokurist Krause ausgerüstet — und üppigerweise mit 9000 Mark „Spesen" ausgestattet (Zweck dieser Summe nicht angegeben, aber leicht zu raten), um die Millionen in Paris einzukassieren. Aber ach, es kam ganz anders! Der Bericht sagt:

„Alle Hoffnungen, etwas aus dem Pariser Geschäft zu retten, brachen zusammen, als es sich herausstellte, daß

die Dokumente der Pariser Russischen Handelsdelegation gefälscht

waren. So mußte schließlich von den persönlichen Konten Uralzeffs ein Verlustsaldo von RM. 12 514 044 auf das Abwicklungskonto übertragen werden."

Diese Vernichtung aller Hoffnungen erfolgte Ende Juli 1925. Man sollte meinen, daß die Raiffeisenbank nun endgültig mit dem Schwindler Schluß gemacht hätte. Aber nichts davon! Außer den auflaufenden Zinsen mußte das Konto Uralzeffs noch durch Stützungs- und Abwicklungskredite" erhöht werden. So wurden noch im vierten Quartal 1925 an Uralzeff 400 000 Mark in bar ausgezahlt. Als Sicherheit diente u. a. die Bürgschaft von Uralzeffs Rechtsanwalt Türk, der für diesen Betrag nicht im mindesten gut war und überdies später die Bürgschaft wegen juristischer Mängel anfocht! Man warf dem schlechten Schuldner gutes Geld nach, in der Absicht, zu retten. In Wirklichkeit wurde der Verlust nur vergrößert. Der Bericht von Kameke sagt:

„Der ganze Verlust an Uralzeff einschließlich Ostwolle und Orion beträgt RM. 20 600 000. Dieses Konto, das fast das gesamte Aktienkapital der Raiffeisenbank absorbierte (sogar überstieg, da ein Teil des Aktienkapitals nicht eingezahlt war), ist wohl das furchtbarste und erdrückendste. **Die Einleitung und weitere Behandlung dieses Geschäftes zeigten eine Leichtfertigkeit und einen Dilettantismus, wie er in der Geschäftsführung einer Bank von der Größe und Bedeutung der Raiffeisenbank wohl nicht allzu häufig vorkommen dürfte.**"

Feine Kundschaft.

Außer an Uralzeff hat die Raiffeisenbank noch an einen Kreis von einigen Dutzend verschiedenen Privaten Beträge verloren, die im Einzelfall zwischen einigen zehntausend und einigen Millionen Mark schwanken, zusammen mit den Uralzeffschen Verlusten jedenfalls das hübsche Sümmchen von 60 Millionen RM. ergeben. Es ist nicht möglich, im Rahmen dieser Darstellung diese Geschäfte in allen Einzelheiten zu schildern. Die Wahllosigkeit und Systemlosigkeit, mit der man bei der Kredithergabe verfuhr, wird nur übertroffen durch die gänzliche Desorganisation. Jeder Direktor, ja jeder Prokurist hatte seinen Kreis von Kunden und Protektionskindern, an die er Kredite austeilte, ohne daß der eine vom andern wußte.

So übernahm beispielsweise der Generaldirektor Dietrich eines Tages eine Bürgschaft in Höhe von 1½ Millionen Mark für ein mitteldeutsches Braunkohlenbergwerk, die Gewerkschaft Hasse, ohne daß seine Mitdirektoren hiervon auch nur die geringste Ahnung hatten. Als das Werk ein Jahr darauf bankrott machte, und die Raiffeisenbank nun plötzlich mit 1½ Millionen Mark eintreten mußte, erfuhren die anderen Herren der Leitung zu ihrem Schrecken das erste Mal von der Existenz einer solchen Verpflichtung.

Einer der größten Kreditnehmer der Raiffeisenbank war nach Uralzeff der Großspekulant Riebe, in der Geschäftswelt „der kleine Stinnes" genannt. Riebe, von Haus aus Verlagsbuchhändler, hatte in der Inflation einen „Konzern" aus den verschiedenartigsten Industrieunternehmungen ohne jeden organischen Zusammenhang zusammengeramscht. „Die Raiffeisenbank geriet an Riebe", so sagt der Bericht von Kameke, „durch ihren Prokuristen Tannen, der bei Riebe tätig war, und durch Dr. Lange (Leiter der Kreditabteilung), der persönliche Beziehungen zu Riebe hatte."

Diese persönlichen Beziehungen bekamen Riebe sehr gut, der Raiffeisenbank minder gut. Riebes persönliches Konto schwoll bald auf mehr als acht Millionen. Dabei hätte die Raiffeisenbank eigentlich wissen müssen, daß Riebe längst zahlungsunfähig war. Der Bericht sagt:

„Bereits am 20. Mai 1924 legt Riebe in einem Brief seine Verhältnisse ausführlich dar, worin er bereits die bestehenden und noch kommenden Schwierigkeiten zugibt. Dies Warnungssignal hätte eigentlich genügen müssen. Trotzdem warf die Bank auch weiterhin gutes Geld dem Schlechtgewordenen nach."

Der Gesamtverlust an Riebe betrug schließlich 5,6 Millionen, da auch hier sich die meisten Sicherheiten als weit überschätzt erwiesen.

Eng mit Riebe und Uralzeff zusammen hing ein weiteres Brüderpaar von Schiebern, die Gebrüder Thias. Diese hatten eine GmbH. mit einem Grundkapital von sage und schreibe 20 000 Mark gegründet. Ihr Duzfreund und Mitbegründer der Firma war der Raiffeisenprokurist Tannen. Trotz der ganz geringen Kapitalbasis ihres Unternehmens erhielten die Brüder Thias wachsende Kredite, die bald in die Hunderttausende gingen. Ihr letzter Coup war ein Kredit von 36 366 englischen Pfunden, also etwa 750 000 Mark, den sie erst mit Lagerscheinen, dann im Austausch gegen diese mit angeblichen Wechseln der russischen Handelsvertretung in London deckten. Diese Wechsel waren gefälscht. Der Bericht sagt:

„Beim Austausch der Lagerscheine in Wechsel ist jedenfalls außerordentlich leichtfertig und oberflächlich verfahren worden. Jede Nachprüfung der Wechsel und ihrer Unterschriften ist unterblieben."

Außer diesen Pfunden schuldete der eine Thias privat noch über eine halbe Million Reichmark, so daß an dieses edle Brüderpaar weit über eine Million Reichsmark insgesamt verloren gingen.

Ein nicht minder amüsantes Kapitel ist der Korrespondenzbetrieb „Eca", dessen Inhaber, Siegfried Hirsch, auf eine angebliche Erfindung, den „Radiofernschreiber" hin, einen fast völlig ungedeckten Kredit von 1,2 Millionen erhielt, der restlos verloren ging. In ihrer Not wandten sich die Raiffeisendirektoren an die Zentrumspresse, die angeblich hinter der „Eca" stehen sollte, dann an ein bekanntes Berliner Zeitungsunternehmen und schließlich an den Amtlichen Preußischen Pressedienst, um ihnen das Fernschreibepatent anzubieten — aber niemand wollte es haben. Der Revisionsbericht sagt:

„Auch hier ist ein großer Kredit höchst leichtfertig ohne jede nähere Prüfung der Umstände und Unterlagen — eigentlich völlig blanco — an eine Stelle, mit der unsere Organisation nichts zu tun hatte, zu einer Zeit hingegeben worden, in der wahrlich schon genug horrende Verluste an solcher Art von Privatgeschäften entstanden waren. Dieses Konto beleuchtet, ebenso wie das von Thias, besonders grell, wie leichtsinnig in der Anbahnung und Abwicklung solcher Geschäfte verfahren wurde."

„Internationale Industrie- und Handelsbank AG. in Berlin" (Inter-Bank) nannte sich hochtönend ein Unternehmen, das in Wirklichkeit eine kleine Winkelbank aus der Inflationszeit war und mit einem Kapital von ganzen 50 000 Mark arbeitete. Sein Inhaber namens Hurwitz erhielt von der Raiffeisenbank über eine halbe Million Reichsmark Kredite, die völlig ungenügend gedeckt waren. Als beide Teile weder ein noch aus wußten, erklärte Hurwitz, daß er

eine reiche Heirat machen

könne, aber hierzu müßte er nach Wiesbaden fahren, und um dort seiner Braut gegenüber „standesgemäß" auftreten zu können, brauche er Geld. Flugs gab ihm die Raiffeisenbank noch einen **Zusatzkredit von 15 000 Mark Heiratsspesen,** so gut wie ohne jede Sicherheit. Als einzige „Unterlage" des Kredits dienten — die Briefe der zukünftigen Braut. Hurwitz lebte in Wiesbaden vom Geld der Raiffeisenbank einen guten Tag, ließ aber nichts mehr von sich hören:

„Sobald die Bank wegen des Kontos monierte oder mit energischen Schritten drohte, hatte Hurwitz die Dreistigkeit, sie seinerseits dafür verantwortlich zu machen, daß sie evtl. seine günstigen Heiratspläne störte."

Natürlich ist auch der Inter-Bank-Kredit zum größten Teil verloren gegangen.

Ein gewisser Bodo Mette aus Quedlinburg erhielt über 100 000 Mark Kredit, teils weil er sich als Rittergutsbesitzer ausgab, teils weil er aus einer feinen Familie stammte, teils wohl auch wegen seines aristokratischen Vornamens. Als das Geld verpulvert war, verschwand Mette nach England. Alle seine Angaben erwiesen sich als Luftschlösser. Der Bericht sagt:

„**Tatsächlich besaß Mette nichts.** Er stammte aus der Samenhandlung Heinrich Mette, Quedlinburg. Mit der elterlichen Firma hatte er sich bereits auseinandergesetzt und hatte mit ihr nichts mehr zu tun. Nach einer Auskunft stellte sich heraus, **daß Bode Mette niemals Mitinhaber der Firma Heinrich Mette, Quedlinburg, gewesen war und daß er keinerlei Grundbesitz besaß.**"

Die Familie weigerte sich, für ihren lieben Bodo einzutreten. So war auch dieses Geld verloren.

Von weiteren Konzernen, mit denen die Raiffeisenbank Geschäfte machte, sei der Hermann-Konzern erwähnt, dessen Hauptstück ein thüringisches Uhrenunternehmen war. Sein Inhaber, der Geheime Kommerzienrat Hermann, trat an die Raiffeisenbank heran, weil er **„nur mit einer streng christlichen Bank"** Verbindung haben wollte. Die christliche Grundsatzfestigkeit des Kommerzienrats Hermann hat die Raiffeisenbank leider über eine Million Reichsmark an verlorenen Krediten gekostet.

Große Verluste wurden weiter erlitten am Teichgräber-Konzern und am Sauermann-Konzern. Auch hier hatte die Raiffeisenbank bzw. ihre Tochtergesellschaft, die Landmann-Bank, Millionenbürgschaften übernommen, die später restlos auf sie zurückfielen. Der Bericht sagt:

„Zeit und Grund dieser Bürgschaften sind im Vorstandsprotokoll nicht angegeben."

Mit Vorliebe fiel die deutschnationale Bankleitung auf vornehme Namen herein. An einer „gräflich Rothenburgischen Generalverwaltung" verlor die Raiffeisenbank durch Hingabe eines Zwischenkredits über 1½ Millionen. Dennoch ist bei diesem Geschäft ein Gewinn zu buchen:

der Prokurist Krause erhielt von dem Grafen Rothenburg eine persönliche Provision von 15 000 Mark,

angeblich für geleistete Privatarbeit. In Wirklichkeit dürfte es sich um ein Geschenk für die Vermittlung des Raiffeisenkredits gehandelt haben.

Dieser Prokurist Krause war auch sonst ein vielgewandter Herr. Er saß im Aufsichtsrat einer Holzhandlung Kullak & Müller-Wallstab, mit deren Inhabern ihn verwandtschaftliche Beziehungen verknüpften. Seine Beziehungen zu dieser Firma führten dazu, daß **diese mehrere hunderttausend Mark Kredite** von der Raiffeisenbank erhielt. Bereits 1925 mußte die Firma sich unter Geschäftsaufsicht stellen und die Raiffeisenbank verlor rund 250 000 Mark. Das Interessante ist, daß mindestens das Vorstandsmitglied Seelmann genau über die Doppeleigenschaft Krauses als Prokurist der Raiffeisenbank und als Aufsichtsratsmitglied von Kullak & Müller-Wallstab bekannt war, denn Seelmann trat auf Krauses Vorschlag selber in den Aufsichtsrat der Firma ein.

Bei einigen Verlustgeschäften spielen auch

Kredite an rechtsstehende Politiker

eine besondere Rolle. Hauptsächlich gilt dies von der Westkauf-AG., an die die Raiffeisenbank 1,1 Millionen verlor, **Aufsichtsratsvorsitzender der Westkauf-AG. war der deutschnationale Landtagsabgeordnete Jansen.** Ein Hauptinteressent der Gesellschaft war der **deutschnationale Reichstagsabgeordnete Karl Neuhaus-Elberfeld,** der ein Lieferungsmonopol für diese Gesellschaft besaß. Als die Westkauf-AG. zahlungsunfähig wurde, wurden weitere Kredite an Neuhaus und an eine ihm gehörige Gesellschaft **in Höhe von rund einer halben Million** gegeben, die ebenso wie die Westkaufkredite fast restlos verloren gingen.

Auch eine Biochemische Industrie AG. in Hamburg, an deren Spitze der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete und Admiral a. D. Brüninghaus stand, führte zu einem Verlust von 67 000 Mark. Doch haben nach Versicherung des Generaldirektors Dietrich hier politische Motive nicht

mitgespielt, denn, so versicherte er dem Untersuchungsausschuß, „Brüninghaus gehörte doch zu einer anderen Fraktion".

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß der Gründer des Nationalverbandes Deutscher Offiziere, der Oberleutnant a. D. Molkentin, eine abenteuerliche Gestalt, der sich nach seinem Mißerfolg im öffentlichen Leben auf allerhand dunkle Handelsgeschäfte geworfen hatte, ebenfalls die Raiffeisenbank um einen verlorenen Kredit von 50 000 Mark schädigte. Dieser völkische Mann hatte eine Orientalische Handelsgesellschaft gegründet, die mit Tee handelte. Für seine Schulden bürgte eine Gräfin, die aber ihre Bürgschaft anfocht und den als Sicherheit dienenden Tee als ihr Eigentum reklamierte.

Wie die Zentrale der Raiffeisenbank, so trieben es auch ihre Filialen. Die schon erwähnte Tochtergesellschaft Landmann-Bank verlor ihr Geld (oder vielmehr weiteres Geld der Raiffeisenbank, da sie selbst keins hatte) in der Hauptsache an den Spekulanten Schuppe, der dafür den bekannten Touristendampfer „Peer Gynt" verpfändete. Dieses einigermaßen wertvolle Schiff wurde dann aber später gegen drei sehr fragwürdige alte Handelsdampfer umgetauscht. Die Gesamtverluste der Landmann-Bank überstiegen sieben Millionen Mark.

Die Krefelder Filiale der Raiffeisenbank steckte mehrere Millionen in ein Steinkohlenwerk „König Ludwig" im nördlichen Bayern. Hätte sie einen Sachverständigen gefragt, so hätte sie erfahren, daß der Abbau dieser Grube in der Kohlennot der Kriegszeit begonnen worden war, daß sich im übrigen aber diese Grube für den normalen Abbau nicht eignete, daß es die minderwertigste Steinkohle in ganz Deutschland fördert. Das Werk liegt seit 1926 still, der Schacht ist eingestürzt, das Geld verloren — ein Sinnbild der Raiffeisenschen Kreditaktion.

Für unser Geld!

Die Frage entsteht: Woher konnte die Raiffeisenbank das Geld für diese ungeheuren Verlustgeschäfte nehmen? Auch sie wird in dem Revisionsbericht von Kameke beantwortet. Zunächst wurden die Depositen, das heißt

die Spareinlagen der Genossenschafter

als „eigene Mittel der Bank" in den Abgrund der Verlustgeschäfte geworfen. Zum Glück für die Mitgliedschaft standen der Raiffeisenbank aber 1924/25 erhebliche Spareinlagen noch nicht zur Verfügung. Sonst wären eine große Anzahl Kleinbauern usw. um ihre Ersparnisse gebracht worden.

Der Hauptgeldgeber der Raiffeisenbank war die Preußenkasse (Preußische Zentralgenossenschaftskasse). Die von der Preußenkasse, dem staatlichen Geldinstitut, an die Raiffeisenbank ausgeliehenen Gelder überstiegen zeitweilig 200 Millionen Mark. Allerdings war an diese Gelder die Bedingung geknüpft, daß sie nur zu genossenschaftlichen Zwecken verwandt würden. An diese Bedingung hat sich der Vorstand der Raiffeisenbank jedoch nicht gehalten, sondern ein gut Teil der für genossenschaftliche Zwecke geliehenen Staatsgelder in die Spekulation gesteckt. Der Bericht von Kameke sagt darüber:

> „Der Vorstand behauptet, die von der Preußenkasse zur Verfügung gestellten Gelder auch wesentlich für genossenschaftliche Kreditzwecke verwandt zu haben. Er will nur eine „kleine Kreditreserve" zurückbehalten haben, die einmal unvorhergesehenen Anforderungen dienen und die ferner „die zur Deckung der laufenden Unkosten erforderlichen Geschäfte" (das sind die Spekulationsgeschäfte) ermöglichen sollte". (Vergl. Erklärung des Generaldirektors Dietrich in der Vollsitzung des Aufsichtsrates vom 4. Juni 1924.) **Sehr klein scheint diese Reserve aber nicht gewesen zu sein**, es wird sich vielmehr **um mehrere Millionen** gehandelt haben. Eine genaue Feststellung, in welchem

Umfange auch Gelder, die restlos den Genossenschaften hätten zugeführt werden müssen, in die Geschäfte mit Privatkunden hineingesteckt worden sind, ließ sich nicht treffen. Die täglichen Geldansprüche, die an die Bank herantraten, sind aus den jeweils bereitstehenden Mitteln befriedigt worden, ohne daß man immer nach dem Ursprung derselben fragte. Daß aber auch unzweifelhaft

Preußenkassengelder in erheblichen Beträgen für Privatgeschäfte und Spekulationszwecke herangezogen

wurden, ergibt auch folgende Gegenüberstellung:

Am 1. April 1924 betrugen die Kredite der Privaten ohne Devisenkredite rund 11 920 000 Reichsmark, wovon allein auf den Erwerb der Ostwolle-Aktien 6 595 000 Reichsmark entfielen. An Börsengeldern waren bis zu diesem Termin rund 6 600 000 Mark aufgenommen. Der Preußenkasse schuldete die Hauptstelle in Berlin an diesem Tage 6 066 573 Reichsmark.

Es ist daher gänzlich ausgeschlossen, daß das Privatgeschäft ohne Heranziehung von Genossenschaftsgeldern finanziert worden ist.

Eine derartige reinliche Scheidung ist nicht getroffen worden, hat auch nicht getroffen werden können.

Allerdings ist richtig, daß die „kleine" Reserve aus den Geldern der Preußenkasse nicht annähernd für den Spekulationsbetrieb reichte. Die Raiffeisenbank war genötigt, für die Finanzierung ihrer Privatgeschäfte im großen Umfang Börsengelder aufzunehmen. Nach der Revisionsschrift betrugen die aufgenommenen Börsengelder am 30. Juni 1924 bereits über zehn Millionen, am Jahresschluß 1924 über 21 Millionen, am Schluß des ersten Quartals 1925 über 30 Millionen, am Schluß des zweiten Quartals 1925 beinahe 40 Millionen. Der Revisionsbericht bemerkt hierzu:

Aus den Protokollen des Aufsichtsrates und des Vorstandes geht nicht hervor, daß sich diese Organe jemals mit der Frage der Aufnahme der Betriebsmittel beschäftigt haben. Tatsächlich lag aber in der Inanspruchnahme von kurzfristigen Börsengeldern in diesem Ausmaße **eine ungeheure Gefahr.** Trat die Notwendigkeit plötzlicher Rückzahlung ein, so war

die Raiffeisenbank mit einem Schlage zahlungsunfähig,

da ihr diese liquiden Mittel nicht zur Verfügung standen. Aus den an die Privatkunden gewährten Krediten, die zwar kurzfristig gedacht waren, floß im großen und ganzen so gut wie nichts zurück. Tatsächlich war denn auch die Raiffeisenbank eines Tages gezwungen, diese kurzfristigen Börsengelder zurückzuzahlen. **Wäre die Preußenkasse in diesem Stadium nicht eingetreten, so wäre der gänzliche Zusammenbruch unvermeidlich gewesen.**

Es war — dies wird hier von Raiffeisen-Seite ausdrücklich zugestanden — in der Tat der nach deutschnationaler Behauptung „landwirtschaftsfeindliche" preußische Staat, der dies deutschnational geleitete Bankunternehmen durch öffentliche Mittel und staatliche Hilfe vor dem Ruin rettete. Dieser Ruin wäre gleichzeitig der Zusammenbruch unzähliger landwirtschaftlicher Existenzen gewesen, wenn man die Raiffeisengenossenschaften hätte auslöffeln lassen, was ihre deutschnationale Direktion ihnen eingebrockt hatte.

Die schöngefärbte Bilanz.

Man fragt sich weiter: Wie war es möglich, daß die Genossenschafter im Lande von der unglaublichen Wirtschaft der Bankzentrale nichts erfuhren? Auch hierüber gibt der Revisionsbericht Aufschluß: Mit allen Mitteln der Vertuschung haben Vorstand und Aufsichtsrat ein System der Geheimhaltung und

Verschleierung aufrecht erhalten, das sich je länger desto schwerer rächen mußte. Hier wurde schon die Feststellung des Revisionsberichtes erwähnt, daß der fachmännische Generalrevisor Hildebrand, der bereits im Jahre 1922 die volle Schludermirtschaft bei den Privatgeschäften aufgedeckt hatte, durch ein Verbot des inzwischen verstorbenen Aufsichtsratsvorsitzenden, des deutschnationalen Landtagsabgeordneten Kaulen, an weiteren Revisionen verhindert wurde. Es wurde auch schon erwähnt, auf welch brüchiger Basis die im Jahre 1924 aufgestellte Goldmarkeröffnungsbilanz stand, die nicht getätigte Aktieneinzahlungen als geschehen vortäuschte.

Durch die Verlustgeschäfte des Jahres 1924 wurde die Situation für die Raiffeisenbank immer schlimmer. Aber erst im Dezember 1924 und Januar 1925 hielt es der Vorstand für angezeigt, nicht etwa dem Aufsichtsrat in seiner Gesamtheit, sondern nur einem engeren Ausschuß Mitteilung von den größten Verlustkonten zu machen. Dabei legte Dietrich den Versammelten strengste Schweigepflicht auf. Der Bericht des Aufsichtsrats schildert dies in folgender sehr bezeichnender Darstellung:

> Gleichzeitig mit der Mitteilung der verlustdrohenden Konten erklärte Geheimrat Dietrich im Dezember 1924 und Januar 1925, es seien aus diesen Konten keine nennenswerten Verluste zu erwarten, wenn sie in Ruhe abgewickelt werden könnten. Jede Unruhe, schon allein das Bekanntwerden über einen engsten Kreis hinaus, geschweige in der breiten Oeffentlichkeit, könne der Tod der Raiffeisensache sein. **Die Barmat- und Kutisker-Affären** (Aha!) **beschatteten die öffentliche Meinung: Man würde ungehört verurteilen und die Sache politisch ausschlachten, der Kredit der Bank wäre mit einem Schlage vernichtet, kurz: Katastrophe!**

Man sah also bereits die Katastrophe, man wußte, daß die Kreditgeschäfte der Raiffeisenbank, wenn sie an die Oeffentlichkeit kämen, einen Skandal hervorrufen würden, der die damals grassierenden Barmat- und Kutisker-Skandale in den Schatten stellte — trotzdem aber besaß man die Dreistigkeit, der Mitgliedschaft gegenüber so aufzutreten, als wäre nichts geschehen! Der Aufsichtsrat setzte wohl einen besonderen Ausschuß ein, der die Hauptverlustkonten Uralzeff, Riebe und Gewerkschaft „König Ludwig" überwachen solle — sicher kein Zeichen des Vertrauens. Aber gegenüber der Mitgliedschaft und nach außen hin ward eine eherne Mauer des Schweigens errichtet.

Natürlich spielten ja auch politische Gründe mit: Die Deutschnationalen bestritten damals mit der Barmat-Hetze den Wahlkampf zur Reichspräsidentenwahl. Wie hätten sie dagestanden, wenn schon damals die Konten Uralzeff, Riebe, Thias usw. bekannt geworden wären?

Inzwischen aber rückte der Sommer 1925 heran und mit ihm die Notwendigkeit, der im Juni in Heidelberg tagenden Generalversammlung der Raiffeisenverbände eine Bilanz per 31. 12. 24 vorzulegen. Nach langen Beratungen beschlossen Vorstand und Aufsichtsrat,

vor der Generalversammlung die Verlustkonten nicht zu erwähnen!

Tatsächlich wurde der Generalversammlung eine Bilanz vorgelegt, in der die gesamten dubiosen Forderungen an Private, damals in Höhe von 38 Millionen Mark zu ihrem vollen Wert, d. h. mit 100 Prozent als Aktivposten eingesetzt waren. Als einziger Ausgleich erschienen auf der Passivseite ein Delcrederekonto von 1,2 Millionen und ein Reservekonto von 700 000 Mark, d. h. eine Reserve in Höhe von noch nicht fünf Prozent der dubiosen Forderungen. Tatsächlich hätten nach kaufmännischen Grundsätzen auf diese Forderungen mindestens 50 Prozent abgeschrieben werden müssen, d. h. etwa 20 Millionen Mark. Der wirkliche Wert der Forderungen hat sich bei der späteren Abwicklung als weit unter 10 Millionen herausgestellt, so daß eine solche Abschreibung noch nicht einmal der schlimmen Wahrheit entsprochen hätte. Allerdings hätte eine solche Abschreibung auch die Tatsache des inzwischen eingetretenen Bankrotts aufgedeckt. Mit vollem Recht wirft der Revisionsbericht von Kameke die Frage auf:

Wie war im Frühjahr 1925 eine Bilanzaufstellung möglich, die von diesen schon damals zweifellos eingetretenen Verlusten nichts aufwies oder zu berichten wußte, die im Gegenteil mit einem ausgewiesenen Reingewinn von RM. 300 000 neben stattlichen Rückstellungen rein äußerlich ein gutes Bild bot und durchaus optimistisch stimmen mußte? Die Kommission ist zu der Überzeugung gekommen,

daß diese Bilanz der wahren Geschäftslage nicht entsprach und von den verantwortlichen Organen, Vorstand und Aufsichtsrat, nicht mit der nötigen Sorgfalt aufgestellt und geprüft worden ist.

Der Revisionsbericht stellt dann weiter fest, daß die Prüfung dieser Bilanz durch den Generalrevisor Hildebrand, den man diesmal nicht ganz ausschalten konnte, nur eine formale war:

Eine Prüfung der Bilanz durch den Revisor auf ihre materielle Richtigkeit und Vertretbarkeit hin ist unterblieben. Der Generalrevisor Hildebrand hat lediglich in formeller Beziehung die Übereinstimmung der Bilanzzahlen mit den Büchern festgestellt.

Von einer Einsichtnahme gerade in den faulen Teil der Geschäftsführung, in die privaten Spekulations- und Verlustkonten, war Hildebrand geflissentlich ferngehalten worden mit der fadenscheinigen Begründung: diesen Teil der Revision besorge der vom Aufsichtsrat eingeführte besondere Ausschuß. Dieser Ausschuß aber beschränkte das Ergebnis seiner Forschungen auf die lakonischen Worte:

An den drei wichtigsten Konten (das waren Uralzeff, Riebe und „König Ludwig") keine Veränderungen.

Man wird an die berühmten Worte erinnert: Im Westen nichts Neues! Der Revisionsbericht von Kameke stellt fest, daß die Prüfung durch den Überwachungsausschuß „nur sehr oberflächlich" gewesen sein kann:

„Beispielsweise hätten bei genauer Durchsicht der „Beteiligungen", bei deren Hauptposten „Deutsche Landmann-Bank mit RM. 1 526 000, sofort Zweifel an dessen Vertretbarkeit auftreten müssen, zumal ja der Vorsitzende der Kommission auch gleichzeitig im Aufsichtsrat der Landmann-Bank saß. Die Geschäfte bei dieser Bank standen bereits damals so, daß man unmöglich deren Aktien auch nur annähernd für vollwertig halten konnte."

Auch der vom Aufsichtsrat zur Vorbereitung der Bilanz eingesetzte Hauptausschuß unterließ jede gründliche Durchsicht der Privatkonten, obwohl bereits am 27. Januar 1925 der Vorstand auf Anfrage des Aufsichtsratsvorsitzenden Haulen nach der Vertretbarkeit der Konten Uralzeff und Riebe die Möglichkeit von Teilverlusten zugestanden hatte. Am 30. April 1925 fand eine Sitzung des Vollaufsichtsrates statt. Über diese teilt der Bericht von Kameke mit:

„Obwohl dem Aufsichtsrat eben die Größe der Gefahr bei den drei mehrfach genannten Konten bekanntgegeben ist (gemeint sind die Konten Uralzeff, Riebe und „König Ludwig"), **wird von keiner Seite die Frage gestellt, ob die Bilanz ordnungsmäßig, namentlich angesichts der eben gehörten Mitteilung, auf die Vertretbarkeit der Außenstände geprüft sei.** Die Bilanz wird vom Aufsichtsrat einstimmig genehmigt. Hätte man sich die Mühe gegeben, nur einigermaßen die einzelnen Konten, namentlich ihre Sicherheiten, anzusehen, so wären die tatsächlich eingetretenen Verluste bei einer Reihe großer Schuldner (Uralzeff, Thias, Riebe, Inter-Bank, Eca, Mette) ohne weiteres zutage getreten ... Statt dessen findet in völliger Verkennung der Lage in der Sitzung des Ausschusses vom 19. und 20. März 1925 noch eine längere Aussprache über die

Zweckmäßigkeit einer Dividendenausschüttung (!!!)

statt. Tatsächlich war damals schon ein großer Teil des Aktienkapitals — und zwar bei gewissenhafter Prüfung erkennbar — verloren.

Der Heidelberger Generalversammlung durfte also niemals diese schöngefärbte Bilanz vorgelegt werden."

Bei der „schöngefärbten Bilanz" blieb es jedoch nicht. Die Täuschung der Aktionäre ging noch weiter. Am 25. Mai 1925 beschäftigte sich der Ausschuß des Aufsichtsrates mit der Aufstellung des Geschäftsberichtes und beschloß, die drei zweifelhaften Konten im Bericht nicht zu erwähnen. Diesem Vorgehen schloß sich die Aufsichtsratssitzung vom 24. Juni 1925, die der Generalversammlung in Heidelberg unmittelbar voranging, an.

Es ist nicht zuviel behauptet, wenn man hiernach feststellt, daß Aufsichtsrat und Vorstand in gemeinschaftlichem, rechtswidrigem Vorgehen der Generalversammlung Sand in die Augen gestreut haben, als in Wirklichkeit bereits ein zum Bankrott nötigender Verlust klaffte!

Ein feiner Vorstand.

Der Bericht von Kameke stellt fest, daß die Verantwortung für die geschilderten Zustände in erster Linie den Vorstand der Raiffeisenbank, danach den Aufsichtsrat trifft. Der Vorstand war vollkommen desorganisiert, keine der primitivsten Voraussetzungen einer kaufmännischen Handhabung der Geschäfte war gegeben. Der Bericht von Kameke sagt:

„Es fehlte an jedem regelmäßigen und verständnisvollen Zusammenarbeiten im Vorstand.

Gemeinsame Sitzungen fanden nicht statt, ein Vorstandsmitglied wußte von der Tätigkeit und wichtigen Entscheidungen des andern nichts;

kurz: es fehlte an jedem planvollen Hinwirken auf ein gemeinsames Ziel. Diesen Eindruck gewinnt man auch aus der Protokollführung des Vorstandes. Die Protokolle aus den Jahren 1922 und 1923 sind kurz gefaßt und überwiegend von wenig bedeutendem Inhalt .... Man hat die Empfindung, daß sie als notwendiges Übel empfunden wurden. In den folgenden Jahren 1924/25 ändert sich kaum der Charakter der Protokolle. Unterstützungsgesuche und Titelverleihungen spielen auch hier eine große Rolle. Allenfalls beschäftigt man sich mit dem Ausbau der Filialen. Nirgend ist von Abbau- oder notwendigen Sparmaßnahmen die Rede.

In keinem Protokoll wird die Goldbilanz, werden die schwebenden Privatkonten, die daraus entstandenen Verbindlichkeiten oder ihre Sicherheiten erwähnt.

Genau so steht es mit den Protokollen aus dem Jahre 1925. Zum ersten Male taucht am 23. September 1925 das Konto Uralzeff auf .... Die folgenden Niederschriften vom 26. bis 30. September 1925 behandeln die Konten Leux-Werke, Leudtke, Inter-Bank und Th. Teichgraeber. Man gewinnt den ziemlich sicheren Eindruck,

daß alle diese Protokolle erst später ad hoc (zu damaligem Zweck) zurechtgeschrieben sind, um wenigstens einigermaßen den Eindruck zu erwecken, der Vorstand habe sich mit diesen Angelegenheiten beschäftigt. Aus Tinte und Art der Schrift geht hervor, daß die einzelnen Vorstandsmitglieder alle Protokolle auf einmal im Ramsch unterschrieben haben!

Vor dem Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtages hat das Vorstandsmitglied Seelmann diese Stelle des Kameke-Berichtes ausdrücklich als „der Wahrheit ziemlich nahekommend" bestätigt. Seelmann zeichnete ein geradezu erschütterndes Bild der Verhältnisse im Vorstand. Regelmäßige

Vorstandssitzungen fanden in diesem Bankinstitut überhaupt nicht statt, zum großen Teil deswegen nicht, weil der Generaldirektor Dietrich-Prenzlau fast niemals zu erreichen war, sondern — nach den Worten Seelmanns — nur eine „sporadische Tätigkeit" ausübte. Seelmann hat (immer nach seiner eigenen Darstellung vor dem Untersuchungsausschuß) seinen Mitdirektor Dietrich wiederholt angefleht und angespornt, doch auch im Vorstand tätig zu sein und mitzuarbeiten. Herr Dietrich aber war kein Freund der Arbeit. Obwohl er ein Jahresgehalt von 30 000 Mark nebst freier Dienstwohnung als Direktor der Raiffeisenbank bezog, dazu noch viele Tausend Mark Tantiemen von Aufsichtsratsposten, die — nach Dietrichs eigenem Ausspruch — ihm „keinerlei Tätigkeit auferlegten", fühlte sich Herr Dietrich für dieses Geld zu Arbeit oder Sorgfalt nicht bewogen. Ihm, dem Vizepräsidenten des Reichstages, lag besser das Repräsentieren. So faßte er sich denn auch als die „repräsentative Spitze" der Raiffeisenbank auf. Nach durchaus zuverlässigen Schilderungen betrat Dietrich die Bank meist erst mittags, zum Ausreiten fertig, gestiefelt und gespornt, gab rasch ein paar Unterschriften und stieg dann aufs Pferd. So konnten Vorstandssitzungen nicht zustande kommen, und es war ein wahrhaft klassischer Moment, als im Untersuchungsausschuß folgender Dialog entstand:

Stellvertretender Vorsitzender (zu den Zeugen Dietrich, Seelmann und Schwarz): „Da darf ich also annehmen, daß die Herren in ihrer Tätigkeit selten so versammelt gewesen sind, wie hier vor dem Untersuchungsausschuß?"

Zeuge Seelmann (während Dietrich und Schwarz verlegen schweigen): „Leider kann ich Ihnen hierin nicht Unrecht geben ...."

Als auf die Frage, ob in der Bank ein regelmäßiger Status (Vermögensstand) aufgestellt worden sei, der Direktor Schwarz als Zeuge erklärte, daß dies alle Monat einmal geschehen sei, fragte der Generaldirektor Dietrich ganz verwundert: „So, stimmt das?" — Ihm also waren nicht einmal die (für eine Bank unerläßlichen) monatlichen Statusberechnungen zu Gesicht gekommen.

Dabei hatte der Generaldirektor Dietrich gegenüber seinen beiden Mitdirektoren den Rang eines Vorgesetzten beansprucht und sich erst nach langen Kämpfen damit zufrieden gegeben, daß ihm ein Vetorecht gegen alle Vorstandsbeschlüsse eingeräumt wurde. Kommandieren wollte er, bloß nicht arbeiten!

Wurde aber Dietrich einmal tätig, so gestaltete sich seine Tätigkeit um so unheilvoller. Ohne seine Mitdirektoren auch nur zu benachrichtigen, teilte er an seine Günstlinge Kredite aus. So übernahm Generaldirektor Dietrich für einen gewissen Herrn Heidebroek, der Inhaber einer Braunkohlengrube (Gewerkschaft Hasse) in Mitteldeutschland war,

eigenwillig in Höhe von 1½ Millionen Mark Schuldbürgschaft,

wovon weder Seelmann noch Schwarz etwas wußten. Sie erfuhren von der Bürgschaft erst, als Heidebroek eines Tages in Konkurs ging und die Raiffeisenbank in voller Höhe für den gebürgten Betrag eintreten mußte. Auf die Frage, was ihn denn zu dieser Gefälligkeit zu Herrn Heidebroek veranlaßt habe, erklärte Dietrich, daß die Raiffeisenbank für diese Bürgschaft eine Provision in Höhe von 2 % der Bürgschaftssumme erhalten sollte. **Er wisse jetzt allerdings nicht mehr, ob diese Provision auch bezahlt worden sei.** Jedenfalls habe aber der adlige Agent, der die Bürgschaft vermittelt hatte, eine Provision erhalten. — So sieht ein Geschäft dieses famosen Generaldirektors aus!

Generaldirektor Dietrich auf Abwegen.

Auf ein besonderes Geschäft des Generaldirektors Dietrich muß aber noch besonders eingegangen werden. Dieses Geschäft findet sich im Kameke-Bericht nur angedeutet gelegentlich einer Besprechung der Persönlichkeit Dietrichs. Diese Stelle lautet:

Geheimrat Dietrich hat sich in seiner Stellung als Generaldirektor eine gewisse Blöße dadurch gegeben, daß er selber, obwohl seine damalige Vermögenslage das sicher nicht notwendig machte, einen größeren Kredit bei der Bank (Raiffeisenbank) in Anspruch nahm. Am 31. Dezember 1925 betrug seine Schuld in laufender Rechnung RM. 72 173 und auf Währungskonto (Frankenkonto) RM. 90 684. Diese Frankenschuld war nach dem Aufsichtsratsprotokoll vom 9. 9. 1925 dadurch entstanden, daß Dietrich die seinerzeit auf seine Veranlassung für die Bank gekauften rumänischen Staatspapiere auf eigene Rechnung übernommen hat. Ohne auf den eigentlichen Grund dieses Geschäftes näher einzugehen, sei hier nur soviel festgestellt, **daß der erste Leiter der Bank besser die Kreditanspruchnahme, die nur als schlechtes Beispiel dienen konnte, unterlassen hätte.**

Der Untersuchungsausschuß beim Preußischen Landtag ist — im Gegensatz zum Bericht des Herrn von Kameke — auf Herrn Dietrichs Privatkonten etwas näher eingegangen und dabei auf merkwürdige Dinge gestoßen.

Zunächst hat der Generaldirektor Dietrich sich in seiner Eigenschaft als Großlandwirt und Raiffeisengenossenschaftler mehrfach Kredite von einigen zehntausend Mark geben lassen. Da er als Generaldirektor rechtlich nicht befugt war, sich selbst Kredite zu bewilligen, so hätte in jedem Einzelfall der Aufsichtsrat die Bewilligung dieser Kredite beschließen müssen. Tatsächlich ist dies nicht geschehen, sondern Dietrich hat sich damit begnügt, den Aufsichtsrat nachträglich die an ihn bereits ausgezahlten Kredite gutheißen zu lassen. Lag hierin mindestens eine formale Unkorrektheit, so grenzt der Fall der im Kameke-Bericht nur zart angedeuteten rumänischen Staatspapiere an Tatbestände ganz andern Charakters. Hier der vom preußischen Untersuchungsausschuß durch Befragen der Direktoren Dietrich und Schwarz ermittelte Sachverhalt:

Während der Inflationszeit, etwa im Jahre 1922, lagen eine Zeitlang rumänische Staatsschuldverschreibungen stark auf dem Markt. Auch die rumänische Währung war damals schwankend und viele Spekulanten glaubten, daß an diesen Papieren bei späterer Kurssteigerung viel Geld zu verdienen sei. (Es kam übrigens gerade umgekehrt.)

Zu diesen Spekulanten gehörte auch Generaldirektor Dietrich. Angeblich, um seine Bank Geld verdienen zu lassen, tat er folgendes: Er ging zu dem Berliner Bankhaus Markiewicz und kaufte dort für 500 000 französische Franken rumänische Staatsanleihe. (Die Rumänengeschäfte wurden damals in französischen Franken getätigt.) Der Kauf ging auf den persönlichen Namen des Generaldirektors Dietrich. Die 500 000 Franken ließ Dietrich dem Bankhaus Markiewicz von der Raiffeisenbank anweisen. Dort aber wurde diese Auszahlung nicht zu Lasten des Generaldirektors Dietrich, sondern auf ein Konto Markiewicz zu Lasten dieses Bankhauses verbucht. Während also Dietrichs Konto bei Markiewicz ausgeglichen war, mußte die Raiffeisenbank nach ihren Büchern glauben, daß das Bankhaus Markiewicz ihr noch den Gegenwert für 500 000 französische Franken schulde, welche die Raiffeisenbank zunächst ohne jede Gegenleistung gezahlt hatte.

Denn der Gegenwert der 500 000 Franken, die rumänischen Staatsanleihen, waren in Dietrichs Besitz. Ihnen widerfuhr ein dunkles Schicksal. Herr Dietrich selber machte darüber vor dem Untersuchungsausschuß folgende Angaben: **Er habe, von Markiewicz kommend, die rumänischen Staatsanleihen in seiner Brusttasche (!) stecken gehabt. Ecke Friedrich- und Dorotheenstraße habe er einen Rasiersalon (?) betreten und dort seien ihm während des Rasierens die Papiere spurlos abhanden gekommen.**

Auf die Frage des Vorsitzenden, was er zur Wiedererlangung der Papiere getan habe, tischte Herr Dietrich dem Ausschuß eine weitere, nicht minder dunkle Erzählung auf: Er habe sich an einen rumänischen Rechtsanwalt gewendet, der die verlorenen Schuldtitel, deren Nummern ihm bekannt waren, aufbieten und

sperren lassen sollte. Dieser rumänische Rechtsanwalt aber habe wohl 15 000 Franken für seine Bemühungen eingesteckt, aber das Aufgebot nicht durchgeführt!

Diese Erzählungen waren selbst dem deutschnationalen Ausschußvorsitzenden Dr. Deerberg etwas starker Tabak. Er sagte mit schneidender Ironie: „Sie haben wirklich in dieser Sache ganz ungeheures Pech gehabt, Herr Zeuge."

In der Tat ist die ganze Räubergeschichte nur dann zu glauben, wenn man gleichzeitig annehmen will, daß Herr Dietrich ein persönliches Schiebergeschäft tätigen wollte. Wann und wo in aller Welt kommt es sonst vor, daß ein Bankdirektor, der bei einer andern Bank Wertpapiere kauft, statt der üblichen Überweisung von Bank zu Bank die Wertpapiere persönlich in seine Brusttasche steckt und auf der Friedrichstraße spazieren führt?! Ist dies wirklich so geschehen, so kann dies nur dahin gedeutet werden, daß Herr Dietrich von diesem Devisenkauf nichts in die Bücher der Raiffeisenbank gelangen lassen wollte, m. a. W., daß dies Spekulationsgeschäft **auf seine eigene Rechnung** gehen sollte. Danach hätte Dietrich als Bankdirektor **eigene Spekulationsgeschäfte mit den Mitteln seiner Bank finanziert.**

Nun behauptet Dietrich allerdings, daß einen etwaigen Gewinn aus dem Geschäft die Raiffeisenbank hätte erhalten sollen. Darauf wurde Herr Dietrich gefragt: „Woher konnte die Raiffeisenbank wissen, den Gewinnfall vorausgesetzt, daß ihr ein Anspruch auf den Gewinn zustand?" Auf diese Frage konnte Herr Dietrich keine Auskunft geben. Tatsächlich wußte die Raiffeisenbank nichts, **denn Herr Dietrich hatte keinem Menschen von seinen edlen Spenderabsichten ein Sterbenswörtchen verraten, hat weder einen Mitdirektor noch einen Prokuristen in dieses Geschäft eingeweiht!**

So hat die übrige Direktion von dem Geschäft ihres Generaldirektors auch nicht das Mindeste gewußt. In der Raiffeisenbank existierte nur ein Konto Bankhaus Markiewicz. Der wahre Sinn dieses Kontos, das mit 500 000 Franken belastet war, kam erst viele Jahre später ans Licht, als Direktor Schwarz mehrfach den Prokuristen Tannen beauftragte, das Bankhaus Markiewicz um Ausgleich des Kontos anzumahnen. Dieser unterließ jedoch die Mahnung, aus Gründen, die nicht ermittelt sind. Schließlich riß dem Direktor Schwarz die Geduld, und er rief selber bei Markiewicz an, um jetzt erst — im Jahre 1925! — zu erfahren, daß die Bank Markiewicz der Raiffeisenbank keinen Franken schulde, sondern daß die Valuta für jene 500 000 Franken seinerzeit dem Direktor Dietrich persönlich in Gestalt rumänischer Anleihepapiere übergeben worden sei!

Dietrich behauptet jetzt, er habe seinen Mitdirektoren die Sache deshalb verschwiegen, weil nach dem seltsamen Abhandenkommen der rumänischen Anleihepapiere ein Gewinn aus dem Geschäft doch nicht mehr habe entstehen können. Er hat jedoch, obwohl er zweifellos durch grenzenlose Nachlässigkeit den Verlust der Papiere verschuldete, die vielen Jahre hindurch nicht daran gedacht, aus eigenem Antriebe der Raiffeisenbank die für das Geschäft verauslagten 500 000 Franken zu ersetzen. Erst im Jahre 1925 wurde er durch Beschluß des Direktoriums und Aufsichtsrates wegen dieser Summe mit rund 90 000 Mark belastet, erst im Jahre 1929 hat er der Raiffeisenbank dies Geld zurückgezahlt!

So endete diese dunkle Devisenschiebung, von der geschäftlichen Seite gesehen ein schmutziges Spekulationsgeschäft, rechtlich betrachtet, eine nach der damals geltenden Devisenordnung strafbare Handlung!

Moralisch verurteilt.

Der Revisionsausschuß von Kameke gelangt auf Grund der geschilderten Tatsachen zu einem vernichtenden Abschluß des Urteils über Vorstand und Aufsichtsrat der Raiffeisenbank. Dies Urteil wiegt um so schwerer, als die Männer, die es fällten, selbst Führer der Raiffeisenbewegung und in

politischer Beziehung Gesinnungsgenossen der deutschnationalen Direktion waren. Die wichtigsten Sätze aus dem Urteil des Revisionsberichtes über den Vorstand lauten:

Die vom Gesetz geforderte Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes oder hier Kaufmannes **haben alle drei Vorstandsmitglieder in weitgehendem Maße außer Acht gelassen.** Zunächst stand ihre Geschäftsführung zweifellos nicht im Einklang mit der Satzung. (Folgt nochmals ein kurzer Hinweis auf die satzungswidrige Entstehung der Verlustkonten.) **Es waren das alles rein spekulative Geschäfte, diktiert von Gewinn- und einem guten Teil Großmannssucht, unternommen und betrieben in einem Umfange und mit einer Leichtfertigkeit, die durch nichts zu entschuldigen ist. Die Einleitung und Durchführung des größten Teils aller dieser Privatgeschäfte war höchst leichtfertig und oberflächlich.** Es treffen im wesentlichen alle die Feststellungen und Bemängelungen zu, die der Generalrevisor Dr. Hildebrand bereits in seinem Revisionsbericht von 1922 anführt und die er als ungeheuerlich bezeichnet. Keine Erkundigungen und Auskünfte über Personen oder Firmen, mit denen man ganz neu in Geschäftsverbindung tritt, gar keine oder höchst mangelhafte Sicherheiten, keine Beobachtung und Kontrolle der Sicherheiten, dürftiges Aktenmaterial usw. Die Kommission glaubt, mit einiger Sicherheit annehmen zu dürfen, daß der Vorstand eine gemeinsame, regelmäßige und erschöpfende Prüfung der Konto-Korrent-Auszüge sicherlich unterlassen, vermutlich aber während des Schicksalsjahres 1924 sie niemals vorgenommen hat... Der Vorstand hat auch die Gefahr gänzlich unbeachtet gelassen, die in der ständig wachsenden Aufnahme der kurzfristigen Börsentermingelder lag ... Völlig unverständlich bleibt auch, wie der Vorstand unter den geschilderten Umständen eine derartige Golderöffnungsbilanz aufstellen konnte ... Was die Bilanz und die Jahresrechnung für 1924 anbetrifft, so **hat der Vorstand hier unzweifelhaft gegen die vom Gesetz geforderte Bilanzwahrheit verstoßen ...**

Nach alledem kommt die Kommission hinsichtlich aller drei Vorstandsmitglieder zu dem Ergebnis, daß sie die ihnen obliegenden Pflichten gröblich verletzt und sich zweifellos regreßpflichtig gemacht haben.

Der Bericht behandelt dann die Stellung des Aufsichtsrats und kommt zu dem Schluß, daß zwar nicht der ganze Aufsichtsrat und seine Mitglieder ihre Aufsichtsratspflichten vernachlässigt haben:

Dagegen sind die Mitglieder der Ausschüsse bei Wahrnehmung ihrer Obliegenheiten, auch bei weitestgehender Würdigung der Zeitumstände und damaligen Verhältnisse, **nicht mit der erforderlichen Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns verfahren.** Es wird daher an den Vorstand der Deutschen Raiffeisenbank das Ersuchen gerichtet, die Amtsniederlegung der Mitglieder des Revisionsausschusses und des Hauptausschusses zu veranlassen.

Die Republik als Rettungsanker.

Als der Ausschuß von Kameke sein Vernichtungsurteil über Vorstand und Aufsichtsrat fällte, also im März 1927, war praktisch nichts mehr zu retten. Ja, man fragt sich verwundert, wieso es denn überhaupt noch eine Raiffeisenbank gab, da nach einem Verlust von 60 Millionen RM., also etwa dem Dreifachen des Aktienkapitals, dies Unternehmen doch bereits 1925 mehr als konkursreif war.

In der Tat war die Konkurslage bereits im ersten Quartal 1925 eingetreten. Wie bereits dargestellt, hatte die Raiffeisenbank zur Finanzierung ihrer Spekulationsgeschäfte in wachsendem Maße fremdes Geld an der Börse aufgenommen, damals etwa 30 Millionen RM. Nun blieb es zu Anfang 1925 der Börse nicht verborgen, daß die Raiffeisenbank an allerhand Verlustgeschäften beteiligt war. Die Geldgeber verlangen ihre Darlehen zurück — es handelt sich

zum großen Teil um täglich kündbares Geld — und damit wäre der Ruin der Bank mit einem Schlage dagewesen.

Da in ihrer Not fanden die deutschnationalen Bankdirektoren den Weg zum republikanischen preußischen Staate, für den die Deutschnationalen sonst nur Hohn und Feindschaft übrig haben. Der Generaldirektor Dietrich unternahm einen Bitt- und Canossagang zu dem damaligen Präsidenten der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse, Herrn Semper. Dietrich war allerdings weit davon entfernt, Herrn Semper die volle Wahrheit zu berichten, er stellte die Lage noch reichlich optimistisch dar, schätzte den wahrscheinlichen Verlust auf ca. 5 (statt 50) Millionen, mußte aber zugestehen, daß die Bank sich in Gefahr der Zahlungseinstellung befinde, wenn sie nicht sofort aus ihren kurzfristigen Verbindlichkeiten ausgelöst würde. Und den bei Zusammenbruch der Bank unvermeidlichen völligen Zusammenbruch des ländlichen Genossenschaftswesens zu verhindern, erbarmte sich das preußische Kreditinstitut und stellte erst 10 Millionen, dann weitere 14 Millionen zur Verfügung. Da aber immer neue Verluste der Raiffeisenbank ans Tageslicht kamen, so mußte die Preußenkasse ihre Geldhingabe noch weiter steigern; schließlich wurde die Gesamtheit der gewährten Kredite in einen langfristigen, niedrig verzinsbaren „Überbrückungskredit" in Höhe von 40 Millionen RM. umgewandelt.

Aber auch mit dieser Riesensumme war die durch und durch morsche Raiffeisenbank nicht zu retten. Immer größer stellten sich die Verluste heraus, und der Nachfolger des Präsidenten Semper, Präsident der Preußenkasse, Klepper, sah sich im Jahre 1928 genötigt, die Raiffeisenbank, die nicht mehr zu sanieren war, zu liquidieren.

Über die Liquidation im einzelnen soll hier nicht gesprochen werden. Die Raiffeisenbank mußte zwar ihr gesamtes Aktienkapital in die Liquidationsmasse werfen, aber, wie aus den angeführten Zahlen verständlich ist, reichte dieses nicht entfernt zur Deckung der enormen Unterbilanz aus. Es blieb der Preußenkasse noch der Rückgriff auf die Haftsummen der einzelnen Genossenschafter, die bei der Hergabe des Überbrückungskredits für die Raiffeisenbank hatten Bürgschaft leisten müssen— aber die Realisierung der Bürgschaften hätte den Ruin unzähliger kleinbäuerlicher Existenzen bedeutet. Deshalb verzichtete der preußische Staat auf sein Zugriffsrecht.

So mußte denn das durch die leichtsinnige Luderwirtschaft der deutschnationalen Raiffeisendirektion verschuldete Defizit zum größten Teil vom Staate, durch teilweisen Verlust des Überbrückungskredits, getragen werden, d. h.: es wurde aus öffentlichen Mitteln, aus den Mitteln der Steuerzahler, gedeckt!

Es handelt sich dabei um eine Summe von 30 bis 40 Millionen RM., um mehr, als die Verluste der Preußischen Seehandlung bei Barmat und Kutisker zusammen ausmachen. Nun vergleiche man aber einmal, welches Riesengeschrei die deutschnationale Presse und Agitation allein über den Fall Barmat erhoben hat, wie sehr sie sich damals über Vergeudung öffentlicher Gelder moralisch entrüsten konnte, während sie aber über das Kapitel Raiffeisenbank und Uralzeff hinweggeglitten ist. Diese Dinge werden, obwohl gerade die Landbevölkerung ein dringendes Interesse daran hat, von der deutschnationalen Presse einfach totgeschwiegen. So bringen z. B. neun Zehntel aller deutschnationalen Blätter keine Berichte über die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses des Preußischen Landtages, der sich seit geraumer Zeit mit diesen Dingen befaßt. Wie groß und auffällig hat die gleiche Presse dagegen seinerzeit über den Barmatausschuß berichtet!

Um die Heuchelei der Deutschnationalen voll ermessen zu können, muß man auf gewisse zeitliche Zusammenhänge hinweisen: Der Zusammenbruch des Barmatkonzerns erfolgte am letzten Tage des Jahres 1924. Fast um die gleiche Zeit, etwa drei Wochen vorher, hatte der Vorstand der Raiffeisenbank dem Hauptausschuß des Aufsichtsrates von der bedrohlichen Lage der Konten Uralzeff und Riebe Mitteilung gemacht. Die Deutschnationalen wußten also genau Bescheid. Sie kannten das Gerippe im eigenen Hause. Aber

ihre Belastung durch die Raiffeisenbank hinderte sie nicht im mindesten, im Falle Barmat die moralisch Entrüsteten zu spielen! Direktor Seelmann von der Raiffeisenbank ging in seiner Eigenschaft als preußischer Landtagsabgeordneter ungeniert in den Barmat-Untersuchungsausschuß, wo seine Kollegen Kaufhold und Wiedemann ein widerliches Agitationstheater gegen das republikanische Preußen aufführten.

Jetzt gehört derselbe deutschnationale Abgeordnete Kaufhold dem Raiffeisenausschuß an. Sein drittes Wort ist: Man müsse doch die besondere Zeit und die besonderen Umstände des Jahres 1924 beachten. Als vor Jahren im Barmatausschuß Sozialdemokraten den gleichen Gesichtspunkt bezüglich der Barmatkredite geltend machten, wurden sie von der Meute der Korruptionsschreier und Sensationsmacher niedergebrüllt. Damals gab es für die Deutschnationalen keine besonderen Zeitumstände, keinen Übergang von der Inflation zur Deflation. Jetzt zeigt sich, **daß alle die fehlerhaften Manöver und Finanztransaktionen, die damals von den Deutschnationalen als Betrug und Gaunerei ausgelegt wurden, von den deutschnationalen Raiffeisendirektoren — nur noch in viel schlimmerem und größerem Maßstabe — vollführt wurden.**

Das Kapitel Raiffeisen ist lehrreich, weil es die Heuchelei der Deutschnationalen bei ihren Korruptionsanklagen gegen die Republik in das rechte Licht stellt. Es ist aber auch lehrreich, weil es die Demagogie entlarvt, mit der die deutschnationalen Agrarier gegen den preußischen Staat hetzen. Nach ihrer Behauptung soll das republikanische Preußen in höchstem Maße landwirtschafts- und bauernfeindlich sein. Wenn aber die Herren den Karren — wie im Falle Raiffeisen — rettungslos in den Dreck gefahren haben, **dann flüchten sie sich gern in die Arme des angeblich so landwirtschaftsfeindlichen Preußen!**, dann ist ihnen die Republik, wenigstens ihr Geld, gut genug, um ihnen aus der Patsche zu helfen! Dann lassen sie sich gern mit den Geldern der dreifach verhaßten Republik aus Situationen retten, die ohne diese Rettung den schuldigen Urhebern mit Leichtigkeit eine Anklage wegen betrügerischen Bankerotts auf den Hals gezogen hätte! Die Raiffeisenbank ist dabei kein vereinzelter Fall. Ähnlich wie sie hat der preußische Staat auch die gänzlich überschuldeten Landvolk-Genossenschaften vor dem Ruin retten müssen, ebenso die Herrn Hugenberg gehörige Landmannbank usw. Auch dies sind Fälle, die dem Fall Raiffeisen gleichen wie ein Ei dem anderen, und über die eine besondere Darstellung notwendig wäre.

Das republikanische Preußen wird beschuldigt, kein Geld für die notleidende Landwirtschaft zu geben. **Davon aber reden die deutschnationalen Agitatoren nicht, daß die Republik mit ihrem Gelde, mit dem Geld sämtlicher Steuerzahler, auch mit den Steuergroschen der Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten, die Schäden gutmachen muß, die Großmannssucht und Spekulationswut der deutschnationalen Genossenschaftsführer ihrer Mitgliedschaft zugefügt haben.**

Bis heute weiß die große Masse der Millionen Raiffeisengenossenschaftler kaum, was vorgegangen ist. Sie haben sich meist mit der Mitteilung begnügt, daß irgendein Schaden entstanden sei, daß aber irgendwer ihn wieder ersetzt habe. Diese Schrift soll auch sie bekannt machen mit den Resultaten ihres eigenen Revisionsausschusses von Kameke, den ihre Verbandsleitung bis heutigen Tages so streng geheimgehalten hat, daß außer ein paar Vorstandsmitgliedern kein Mensch davon erfuhr, am allerwenigsten die Genossenschafter im Lande. Sie sollen die Tatsache erfahren, die da lautet:

Das republikanische Preußen hat gutgemacht, was die deutschnationalen Verbandsführer im frevelhaften Leichtsinn verspielten!

Und nun lesen Sie einmal sozialistische Schriften über Agrarfragen

Kennen Sie das

Sozialdemokratische Agrarprogramm

das auf dem Kieler Parteitag der SPD. im Jahre 1927 beschlossen wurde?

Es gibt die Grundanschauungen der Sozialdemokratie zur Agrarfrage wieder

Sie müssen das Programm lesen!

Eine von den bekannten sozialistischen Agrarsachverständigen, Staatssekretär Krüger und Dr. F. Baade verfaßte größere Broschüre

Sozialdemokratische Agrarpolitik

gibt eingehende Erläuterungen zu dem Agrarprogramm der Partei. Beschaffen Sie sich diese Broschüre in der nächsten Volksbuchhandlung.

Gute, billige Lektüre

bieten Ihnen die 4 nachfolgenden Schriften, die anschaulich 4 ganz verschiedene Gebiete behandeln

Richard Stumpf, Warum die Flotte zerbrach

213 Seiten. Kart. 2 M.

Kriegstagebuch eines christlichen Matrosen.
Der Verfasser ist noch heute Mitglied einer christlichen Gewerkschaft und somit gewiß ein zuverlässiger Beobachter für die völlig unzulänglichen Methoden, nach denen unsere Kriegsmarine geführt wurde. Wer dieses Erinnerungsbuch gelesen hat, der weiß, daß nicht ein Versagen der Mannschaften Schuld an unserem Zusammenbruch ist.

Victor Schiff, Wer hat den Rhein befreit?

32 Seiten. 0,25 M.

Dieses Heft schildert, wie es die Politik einer Rechtsregierung dahin brachte, daß die Franzosen das Ruhrgebiet besetzen konnten, und wie unter Führung der Sozialdemokratie die Verständigung mit den früheren Kriegsgegnern gesucht und gefunden wurde mit dem Ergebnis, daß nunmehr alle drei Zonen des besetzten Gebietes geräumt sind.

Wilhelm Bock, Im Dienste der Freiheit

72 Seiten. 0,90 M.

Mit seinen 84 Lebensjahren ist Bock der älteste unter den Reichstagsabgeordneten. Was er in seinem Leben als Sozialdemokrat erlebt hat, wie sich in den mehr als sechs Jahrzehnten seiner Tätigkeit für die Partei der Aufstieg der Arbeiterklasse vollzogen hat, darüber legt er Rechenschaft ab in dieser ergreifenden Schrift.

Das Heidelberger Programm der SPD.

Mit Erläuterungen. 72 Seiten. 1 M.

Für Freund und Feind der Sozialdemokratie ist diese Ausgabe des Parteiprogramms geschaffen worden, um Klarheit über die offizielle Stellung der Partei zu allen Fragen in Politik, Wirtschaft, Recht, Schule usw. zu verbreiten.

Gehen Sie zu Ihrer Volksbuchhandlung. Sehen Sie sich diese Schriften an. Sie werden Ihnen sicher zusagen!

Verantwortlich: R. Hauschildt, Berlin SW. 68 — Druck: Volksdruckerei G. m. b. H., Stettin

Nr. 8 10 000. 25. 7. 30.